



Wortprotokoll der 17. Sitzung

Ausschuss für Sport und Ehrenamt

Berlin, den 25. Februar 2026, 14:30 Uhr
10557 Berlin
Paul-Löbe-Haus
4 300

Vorsitz: Aydan Özoğuz, MdB

Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung **Seite 4**

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 4**

**Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern von
Blaulichtorganisationen**

Selbstbefassung SB 21(5)17

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 24**

Verschiedenes

**Mitglieder des Ausschusses**

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Auernhammer, Artur Güntzler, Fritz Lehmann, Jens Mayer, Stephan Stier, Dieter	Gutting, Olav Linnemann, Dr. Carsten Müller, Florian Steiniger, Johannes Stetten, Christian Frhr. von
AfD	König, Jörn Korell, Thomas Schieske, Lars	Bleck, Andreas Naujok, Edgar Treuheit, Bastian
SPD	Coße, Jürgen Lugk, Bettina Özoğuz, Aydan	Abdi, Sanae Bettermann, Daniel Eichwede, Sonja
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nick, Dr. Ophelia Winklmann, Tina	Limburg, Helge Müller, Sascha
Die Linke	Görke, Christian	Eißing, Mandy



Sachverständigenliste

zur Sitzung des Ausschusses für Sport und Ehrenamt
am Mittwoch, 25. Februar 2026

Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V. (ASB)

Michael Schnatz, Fachbereichsleiter Bevölkerungsschutz

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW)

Janine Stock, Landesbeauftragte Sachsen, Thüringen

Deutscher Feuerwehrverband e.V. (DFV)

Karl-Heinz Banse, Präsident

Deutsches Rotes Kreuz e.V. (DRK)

Dr. Heike Spieker, Bereichsleiterin Nationale Hilfsgesellschaft



Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die **Vorsitzende**: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die 17. Sitzung des Ausschusses für Sport und Ehrenamt. Ich begrüße Sie alle ganz herzlich. Ich möchte eine Tradition wieder aufleben lassen, die wir hier nicht mehr geführt haben in diesem Ausschuss. Ich möchte nämlich den Ausschussmitgliedern, die Geburtstag hatten, in diesem Fall nun auch nachträglich noch einmal gratulieren. Ich beginne jetzt aber nicht im letzten Jahr, sondern tatsächlich mit Anfang dieses Jahres. Deswegen gratuliere ich Lars Schieske, Ophelia Nick und Bettina Lugk ganz herzlich nachträglich zum Geburtstag. Bei Bettina weiß ich, dass es eine Schnapszahl ist, aber mehr wird nicht verraten. Dann kann ich vermelden, dass an der heutigen Sitzung die Staatsministerin Frau Dr. Christiane Schenderlein wahrscheinlich nicht teilnehmen kann. Es kann sein, dass sie nachher noch einmal kurz hereinschaut. Es gibt leider einen relativ großen Krankenstand, und die Abgeordneten wünschen sich auch, dass im Plenum das Kanzleramt immer gut vertreten ist. Von daher ist das heute so, aber uns stehen dafür zur Verfügung die Abteilungsleiterin Sport und Ehrenamt, Dr. Babette Kibele, die immer dabei ist. Dann haben wir Herrn Spitzer heute nicht da, sondern Herrn Dr. Plate in Vertretung.

Zwischenruf Dr. Tobias Plate: Nicht für Herrn Spitzer, aber ich bin aus dem BMI.

Die **Vorsitzende**: Entschuldigung, das hatte ich eben nicht gesehen, aus dem Bundesinnenministerium, sowie Referatsleiterin Frau Dr. Rapp-Lücke. Falls weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter da sind, dann möchte ich alle hier herzlich begrüßen. Ebenso natürlich die Ressort- und Ländervertreter. Ich weise darauf hin, dass auch diese Sitzung wieder öffentlich ist, live übertragen wird und ab morgen in der Mediathek zur Verfügung steht.

Tagesordnungspunkt 1

Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern von Blaulichtorganisationen

Selbstbefassung SB 21(5)17

Die **Vorsitzende**: sprechen wir nun mit Vertreterinnen und Vertretern von Blaulichtorganisationen.

Das haben wir uns schon sehr lange vorgenommen. Das ist uns auch wirklich ein wichtiges Anliegen, denn Sie stehen uns wirklich Tag und Nacht, wenn man so sagen darf, zur Verfügung. Unter schwierigsten Bedingungen. Sie sind oft auch im Hintergrund, aber für uns alle unglaublich wichtig. Dieses Land würde ohne Sie schlicht nicht funktionieren. Das muss man einfach einmal so deutlich sagen. Sie sind für die Sicherheit und das Wohl unserer Bevölkerung da, und ein Teil dieser Struktur von Ihnen, auf die wir auf gar keinen Fall verzichten wollen und können, basiert auf Ehrenamt. Das ist eine wichtige Säule dieses Ausschusses in dieser Legislatur. Deswegen freuen wir uns sehr, dass wir hier heute das Ehrenamt nun in den Vordergrund stellen und mit einigen stellvertretend sprechen können. Ich habe schon gehört, einige sind auch oben auf der Tribüne, da freuen wir uns sehr, dass Sie dazugekommen sind. Wir werden nach und nach auch unterschiedliche Organisationen einladen, aber Sie werden alle einsehen, dass es keinen Sinn macht, zehn aufzureihen und dann kommt die Hälfte gar nicht zu Wort. Das machen wir alles nach und nach. Ich darf nun heute erst einmal begrüßen vom Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland den Fachbereichsleiter Bevölkerungsschutz Michael Schnatz. Herzlich willkommen. Vom Deutschen Feuerwehrverband den Präsidenten Karl-Heinz Banse. Herzlich willkommen, und vom Deutschen Roten Kreuz die Bereichsleiterin Nationale Hilfsgesellschaft Dr. Heike Spieker. Herzlich willkommen. Digital ist uns zugeschaltet von der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, kurz THW, Janine Stock, das ist die Landesbeauftragte für Thüringen und Sachsen. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen. Der Ton ist noch ein bisschen schwierig. Ich fürchte, in dieser Qualität werden wir nachher nicht sprechen können, aber wir haben noch ein bisschen Zeit. Wir fangen dann erst einmal an, oder wollen wir das erst einmal klären? Frau Stock, das funktioniert leider nicht. Vielleicht wählen Sie sich noch einmal neu ein. Die Zeit haben wir noch. Und ohne Headset möglicherweise. Vielleicht ist das besser. Das ist immer ganz furchtbar, wenn man da schon sitzt. Aber wir haben Zeit, also keine Hektik. Wir fangen einfach erst einmal ganz in Ruhe an. Ich hoffe natürlich, dass Frau Stock mich noch hört, aber wenn sie rausgegangen ist, würde ich es gleich noch einmal wiederholen. Folgendes ist für Sie wichtig zu wissen. Wir fangen erst einmal mit



Eingangsstatements an. Jeder von Ihnen hat fünf Minuten, da dürfen Sie kurz selber einführen in Ihre jeweiligen Bereiche. Danach gehen wir dann in Frage- und Antwortrunden mit verschiedenen Minutenanzahlen, die angezeigt werden. Dazu sage ich dann aber später etwas. Wichtig ist nur, dass Sie das Zeitfenster ein wenig im Auge behalten. Das wird groß auf dem Bildschirm angezeigt, dass wir so ungefähr bei den fünf Minuten bleiben. Dann würde ich sagen, wir machen es in der Reihenfolge. Herr Schnatz, Sie dürften dann beginnen. Bitte schön.

Michael Schnatz (ASB): Vielen herzlichen Dank, dass wir hier eingeladen worden sind und uns auch vorstellen dürfen als Organisation. Wir sind mehrere, einige sitzen da oben, die grüße ich auch ganz herzlich. Ich versuche, mich an die Zeit zu halten. Sie haben gesagt fünf Minuten. Mein Name ist Michael Schnatz. Ich komme vom Arbeiter-Samariter-Bund aus Köln. Heute mit der Bahn, zwei Minuten zu früh. Das kann man kaum glauben. Der ASB wurde 1888 hier in Berlin gegründet, in einer Kneipe in der Alten Jakobstraße. Da ist heute noch ein Gedenkstein, wenn man da einmal vorbeikommt lohnt es sich, das anzuschauen. Und zwar von Handwerkern, die quasi angefangen haben, Erste Hilfe zu entwickeln, weil es das in der Industrialisierung, in den Fabriken und Handwerksbetrieben so nicht gab. Das ist nun schon fast 140 Jahre her, und seitdem sind wir ein großer Wohlfahrtsverband und eine große Hilfsorganisation geworden, getragen von ungefähr 1,5 Mio. Mitgliedern. Wir haben 25 000 Ehrenamtliche, davon die meisten im Bevölkerungsschutz, aber eben auch im sozialen Engagement, in der Pflege, in der Auslandshilfe. Wir haben jetzt aktuell zwei Teams zum Beispiel in Mosambik, die dort medizinische Hilfe und Cholerabekämpfung leisten, in der Kinder- und Jugendhilfe, in der Migrations- und Integrationsarbeit und so weiter. Zu den 25 000 Freiwilligen kommen noch einmal circa 2 000 Freiwilligendienstleistende, und aktiv sind wir im Bevölkerungsschutz in allen Bereichen, die man sich so vorstellen kann. Angefangen vom Katastrophenschutz über die Rettungshundestaffeln, Wasserrettung auch hier in Berlin ganz groß. Psychosoziale Notfallversorgung, neuerdings auch ganz stark aktiv zum Thema Zivilschutz und zivile Verteidigungen. Das ist, wie Sie alle wissen, in den letzten Jahren ganz weit oben auf die Agenda gerückt in der Ersten Hilfe und auch im Rettungs-

dienst, wobei der Rettungsdienst vor allem hauptamtlich getragen ist. Wir haben viele Partner, dazu gehören die Hilfsorganisationen, aber auch ganz herzlichen Dank in Richtung BMI und BBK, mit denen wir sehr eng zusammenarbeiten, gerade in diesen sehr doch anstrengenden, kritischen Zeiten. Man darf eben nicht vergessen, dass diese 25 000 Ehrenamtlichen bei uns und auch bei allen anderen Hilfsorganisationen im Prinzip seit Corona im Dauereinsatz sind. Es kam die Corona-Pandemie, dann kam der Ukrainekrieg, das Ahrtal-Hochwasser, oder das Hochwasser im südlichen Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz, was für den ASB der größte Hilfseinsatz seit Gründung gewesen ist. Da sind viele Ehrenamtliche aus dem Bereich, Sie haben es gesagt, die das Land auch mit am Laufen halten, an Belastungsgrenzen gestoßen. Vieles im Bevölkerungsschutz ist auf Länderebene gesetzlich geregelt. Auf Bundesebene haben wir das ZSKG, das Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz, was zumindest die fünf Hilfsorganisationen dort auch ganz klar benennt. Aber da gibt es Lücken, und auf diese Lücken würde ich zu einem späteren Punkt gleich noch einmal eingehen. Wie finanziert sich das Ganze? Im ASB sind wir stark mitgliedsbeitraggetragen, das heißt, jedes individuelle Mitglied zahlt einen Mitgliedsbeitrag. Darüber wird überwiegend das ehrenamtliche Engagement finanziert. Wir bekommen aber auch Spenden, gerade im Hochwasser. Wir sind Mitglied bei „Aktion Deutschland hilft“, da haben wir sehr viele Spenden bekommen, die wir auch bis heute noch verausgaben in sogenannten Wiederaufbauhilfen. Und wir sind auch bis heute noch im Einsatz in den Hochwasserregionen in Erfstadt und im Ahrtal. Nicht mehr als Katastrophenschutz, sondern in der langzeitigen Betreuung und im Wiederaufbau. Zu den Kosten. Dieses Ehrenamt ist teuer, wenn man das so sagen kann. Die Menschen, die bei uns engagiert sind, brauchen eine persönliche Ausstattung. Dazu gehören Sicherheitsschuhe, dazu gehört Sicherheitskleidung. Die müssen ausgebildet werden. Die Qualifikation kostet Geld, es müssen Übungen gemacht werden, es müssen Fortbildungen gemacht werden. Und alles das machen diese Leute bei uns in ihrem Urlaub und in der Freizeit, weil es dafür keine Freistellungsregelungen gibt. Wir haben unglaublich motivierte, engagierte Leute, die jeden Tag ihren Dienst leisten und unter großen Belastungen stehen. Das will ich auch ganz ehrlich so sagen. Auch mit Blick auf die



Zeit, weil es keine bundeseinheitliche Helfer-Freistellungsregelung gibt. Da schauen wir immer ganz neidisch auf das THW, wo das geregelt ist, die Freistellung von Helfenden. Zumindest da, wo der Bund eine Gesetzgebungskompetenz hat, würden wir uns das wünschen. Das Thema Resilienzsteigerung betrifft nicht nur die Bevölkerung und Gesellschaft, sondern auch uns und auch das Thema Anerkennung und Wertschätzung. Ich freue mich, dass Herr Mayer da sitzt, der hat auch einmal die „Helfende Hand“ verliehen im BMI. Und da würden wir uns wünschen, dass es mehr Anerkennungstools gibt. Wenn Sie einmal in Berlin auf Veranstaltungen sind, egal was für Dinge das sind, schauen Sie einmal in die dunklen Ecken. Da sitzen in der Regel Menschen aus Hilfsorganisationen, die den Sanitätsdienst absichern und für Ihre Sicherheit sorgen. Das Gleiche betrifft auch Bundesligaspiele oder auch die Olympischen Spiele jetzt in Italien, da waren auch Leute von uns dabei. Herzlichen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann gehen wir weiter zum Feuerwehrverband. Herr Banse, bitte.

Karl-Heinz Banse (DFV): Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren, auch von mir vielen Dank, dass ich heute die Gelegenheit habe, für die deutschen Feuerwehren sprechen zu dürfen. Im Gegensatz zu den Hilfsorganisationen haben die Feuerwehren natürlich rein rechtlich eine ganz andere Stellung. Wir sind Teil der Exekutive, wir sind Teil der Kommunen. Jede Kommune muss in Deutschland eine leistungsfähige Feuerwehr aufstellen. Das steht in jedem Brandschutzgesetz der 16 Bundesländer. Dementsprechend sind wir eigentlich Teil dieses Staates, Uniformträger und insofern nicht als Verein, der deutsche Verband ist natürlich ein Verband, ein Verein, in einer anderen Rolle. Vielleicht einmal ein paar Zahlen zu den Feuerwehren. Wir haben in Deutschland im Augenblick 24 000 Freiwillige Feuerwehren an 30 000 Standorten. Die Zahl ist unterschiedlich, denn manche Gemeinden haben mehrere Ortsfeuerwehren. Daneben haben wir 34 000 Werkfeuerwehrangehörige in 730 Werkfeuerwehren. Das sind große Fabriken mit besonderen Gefahrenstoffen, die Werkfeuerwehren einrichten müssen. Wir haben 116 Berufsfeuerwehren mit 39 500 Berufsfeuerwehrleuten, in der Regel Beamte. Und wir haben, und da bin ich besonders stolz darauf, 357 000 Jungen und Mädchen in den Jugend- und Kinder-

feuerwehren mit zurzeit steigender Tendenz. Die Feuerwehren sind in sich sehr vielfältig. Von der großen Feuerwehr Berlin, als größte Feuerwehr in Deutschland, bis zur Feuerwehr Juist als eine der kleinsten Feuerwehren auf einer Nordseeinsel. Es ist sehr unterschiedlich, was in den Feuerwehren gemacht wird, aber das Aufgabenspektrum ist im Großen und Ganzen eigentlich immer dasselbe. Wir sind im Bereich der Gefahrenabwehr mit Abstand die größte Einheit. Wir stellen über eine Million Einsatzkräfte in Deutschland, die rund um die Uhr zur Verfügung stehen und das an 365 Tagen im Jahr. Und ich könnte jetzt auch erzählen von großen Einsätzen der Feuerwehren in den letzten Jahren, natürlich auch immer noch im Ahrtal. Das sind Dinge, die laufen immer so weiter. Wir sind aber auch international unterwegs. Wir unterstützen die Ukraine sehr stark. Wir haben ungefähr 30 große Hilfskonvois in die Ukraine geschickt, mit Materialien, die dort unbedingt erforderlich waren und viele, viele andere Dinge mehr. Vom Rechtlichen, das hatte ich schon gesagt, wir haben eine kommunale Pflichtaufgabe, geregelt durch Landesrecht, wobei der Katastrophenschutz Aufgabe der Länder ist. Der Zivilschutz ist Aufgabe des Bundes. Wir als Feuerwehren spielen aber in beiden Bereichen natürlich sehr stark mit und sind da auch eingebunden, haben auch engsten Kontakt zum BBK, auch zum BMI. Das BMI als Innenministerium ist natürlich eigentlich unser Hauptansprechpartner, wenn es um die Themen der inneren Sicherheit geht. Aber natürlich auch das Ehrenamt spielt bei uns eine sehr, sehr große Rolle. Wir machen Brandbekämpfung, wir machen vorbeugenden Brandschutz, wir machen Katastrophenschutz, wir machen Umweltschutz. Wir sind die älteste Umweltschutzorganisation in Deutschland. Uns hat es schon gegeben, wir haben schon Umweltschutz gemacht, da gab es grüne Parteien noch gar nicht, oder den Gedanken, Umweltschutz zu machen, da hat es die Feuerwehr schon gemacht. Jede Brandbekämpfung ist auch Umweltschutz. Jede Ölschadensbekämpfung, jeder Chemieunfall ist auch Umweltschutz, wenn wir ihn bekämpfen. Das machen wir schon sehr lange. Wir machen Rettungsdienst und Krankentransport. Das ist den meisten gar nicht so bewusst. Aber in den großen Städten sind es Berufsfeuerwehren, die den Rettungsdienst fahren. Auch hier in Berlin zum größten Teil. Wir sind eigentlich mit der größte Player im Bereich des Rettungsdienstes. Wir



machen auch Wasserrettung zusammen mit der DLRG, zusammen mit dem Roten Kreuz natürlich. Die sind nicht überall flächendeckend verteilt, sodass man sich das ein bisschen aufteilt. Und um diese schwierige Aufgabe, wo man viel Material braucht, hohe Kosten hat, umsetzen zu können. Und wir machen natürlich technische Hilfeleistungen, auf den Autobahnen, bei Verkehrsunfällen, bei allen Dingen die so im täglichen Leben passieren können. Aber wir machen noch viel mehr. Wir machen Kinder- und Jugendförderung, wir machen Tradition und Brauchtumpflege, wir machen Sportwettkämpfe bis zu den Ebenen Weltmeisterschaft und Olympiade. Wir machen in unseren Bereichen, wo wir sind, Demokratieförderung. In der Feuerwehr gibt es nicht ein Amt, wo man eingesetzt wird. Jedes Amt wird durch Wahl, jedes Amt vom kleinen Gruppenführer bis zu meiner Funktion, muss gewählt werden in der Feuerwehr. Wird dann durch die Parlamente, wenn es die öffentlichen Einrichtungen sind, entsprechend bestätigt, aber auch wieder durch Wahl. Also alles sehr demokratisch aufgebaut. Wir sind Teil der ländlichen Kultur. Wenn Sie in manche Bereiche Deutschlands fahren, dann werden Sie in manchen Dörfern außer der Feuerwehr gar nichts mehr finden. Selbst die Kirche hat sich schon verabschiedet, ist dann irgendwie drei Dörfer weiter, und der Pastor reist von Dorf zu Dorf. Die Feuerwehr ist immer noch da, und da sind wir auch sehr stolz darauf und es ist auch wichtig. Und wir machen Musik, auch das darf ich nicht vergessen. Wir haben um die 50 000 Musiker in unseren Reihen mit sehr vielen Musikzügen. Auch das ist ein wichtiger Part. Auch da sind wir dabei. Zum Verband selbst. Wir wurden 1851 gegründet, in einer Zeit, das war schon eine politische Geschichte, die da passiert ist. Da hat zwar die Sicherheit eine große Rolle gespielt. Natürlich ging es auch um den Schutz der Bevölkerung, aber es ging in erster Linie darum, dass das Bürgertum gezeigt hat, dass es sich selbst schützen kann. Dass es nicht angewiesen ist auf die Fürsten und Könige, sondern dass man selber etwas in die Hand nimmt, seine Stadt selbst schützt. Und so sind die Feuerwehren gegründet worden in Baden-Württemberg. Die Idee kam aus Frankreich, das wissen auch die wenigsten. Freiwillige Feuerwehren gab es zuerst in Frankreich. Wir haben es dann in Deutschland perfektioniert. Wir haben das flächendeckende Brandschutzsystem in Deutschland. Das gibt es nur

hier und in Österreich, sonst nirgends auf der Welt. Die ganze Welt ist eigentlich ein bisschen neidisch auf uns. Dass wir aufgrund dessen, dass wir flächendeckend ausgebreitet sind, immer sehr schnell in der Lage sind etwas zu tun. Solche Großbrände, Waldbrände, wie sie in anderen Ländern passiert sind, wie beispielsweise in Schweden 2017, sind in Deutschland in dem Umfang eigentlich nicht denkbar. Dadurch, dass die Feuerwehren überall sind, dass man sehr schnell vor Ort ist, sind wir in der Lage, sehr schnell zu helfen. Ja, wir sind die Vertretung als Spitzenverband von ungefähr 1,5 Mio. Feuerwehrleuten und sind Lobbyisten. Wir müssen mit der Regierung sprechen, müssen mit den Parlamentariern sprechen, all die Dinge, die sicherlich meine Kollegen links und rechts genauso machen müssen. Wir sind aber auch auf europäischer Ebene vertreten. Es hat sich ein europäischer Verband gegründet, das will ich noch loswerden. Auch das ist eine tolle Sache, das soweit zu den Feuerwehren.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Wir hören auch wirklich ganz gespannt zu. Wir haben aber gleich noch die Gelegenheit, ins Gespräch zu kommen. Dann würde ich zu Frau Dr. Spieker kommen für das Deutsche Rote Kreuz. Bitte schön.

Dr. Heike Spieker (DRK): Haben Sie herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Vielleicht brauche ich zum DRK eigentlich gar nicht groß etwas zu sagen. Vielleicht nur eine Betonung, dass das Deutsche Rote Kreuz, wie alles Rotes Kreuz, gegründet worden ist für den Krieg. Bis vor ein paar wenigen Jahren, sowohl extern als auch intern, wenn ich das erwähnt habe, wurden immer alle ganz nervös und ich wurde ans Kreuz genagelt. Tatsächlich ist es aber so, und alles, was sich daraus entwickelt hat und insbesondere das, was, glaube ich, bei uns in unserem heutigen Bevölkerungsschutz in Deutschland besonders wichtig ist, dass wir in der Lage sind, und da arbeiten wir sehr intensiv beim Roten Kreuz daran, Bevölkerungsschutz, Zivil- und Katastrophenschutz und alles das, was wir an Sozialem oder Wohlfahrt, Sozialarbeit, an sozialen Hilfeleistungen machen, besser zu verknüpfen, so dass wir tatsächlich von uns aus als Deutsches Rotes Kreuz in der Lage sind, Entscheidungsträgern unterschiedlich geschnürte, jeweils an die Lage angepasste Pakete anzubieten. Lassen Sie mich vielleicht einen Satz noch sagen, warum das System des Bevölkerungsschutzes in Deutschland so



einzigartig ist. Wir haben nämlich sowohl das Charakteristikum, dass der Bevölkerungsschutz als staatliche Aufgabe im Wesentlichen, nicht ausschließlich, aber im Wesentlichen durch nicht-staatlich verfasste Akteure geleistet wird, und dass bei diesen nichtstaatlichen Akteuren und in den Freiwilligen Feuerwehren 90 Prozent ehrenamtlich geleistet wird. Und das hat Auswirkungen auf den Bevölkerungsschutz in Deutschland. Lassen Sie mich das einfach nur vorwegschicken. Ansonsten gibt es nichts, wo ich mich bei meinen Vorrednern nicht anschließen kann, außer mit der Musik. Da ist das Rote Kreuz nicht besonders aktiv und nicht besonders ausgezeichnet. Im Bevölkerungsschutz werden hauptsächlich zwei Ziele verfolgt, nämlich die Daseinsvorsorge und die Widerstandsfähigkeit und Resilienz. Und das eben zu 90 Prozent ehrenamtlich. Und das hat Auswirkungen auf das Ehrenamt, sowohl das, wodurch das Ehrenamt geprägt wird, aber auch das, was das Ehrenamt braucht. Wenn man sich anschaut, Ehrenamtler grundsätzlich in Deutschland, in der heutigen Gesellschaft, aber auch besonders im Bevölkerungsschutz, unterliegen gesellschaftlichen Veränderungen, haben andere Lebensrealitäten, man denke nur an Freizeitgestaltung, und ist aber genauso den Krisenlagen ausgesetzt, und zwar der Häufigkeit, der höheren Komplexität, der längeren Dauer und der Gleichzeitigkeit. Und daraus resultieren Bedarfe, nämlich als Grundsatz, dass das Ehrenamt nicht als selbstverständliche Ressource behandelt und begriffen werden darf. Ehrenamt braucht verlässliche Rahmenbedingungen, braucht klare Strukturen und braucht professionelle Unterstützung, um einfach leistungsfähig, wirksam und letztlich dann auch attraktiv zu sein. Und mit der Unterstützung, das bringt automatisch die Verbindung zum Hauptamt, denn eine solche Unterstützung des Ehrenamtes muss hauptsächlich in der Masse durch Ehrenamt passieren. Das wiederum braucht Verlässlichkeit, Resilienz und bringt gleichzeitig auch Daseinsvorsorge und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ich würde vielleicht noch einen Satz sagen wollen zu dem seit Jahren viel diskutierten Phänomen der Spontanhelfenden, ungebundenen Helfenden. Das ist ein ganz, ganz wichtiger Baustein. Und das meine ich so, wie ich es sage. Wir dürfen nur als Gesellschaft in Deutschland nicht erwarten, dass Spontanhelfende das Allheilmittel wären. Das kann nicht funktionieren. Und zwar nicht, weil Spontanhelfende nicht

die richtigen Individuen wären oder nicht die richtige Motivation hätten, sondern weil das systemisch nicht vorhersehbar, nur begrenzt beeinflussbar und deshalb auch nur begrenzt planbar ist. Und ich glaube, daran zu arbeiten und das organisierte Ehrenamt, wenn ich das in ganz vielen Führungsstrichen so formulieren darf, sinnvoll und gut und hilfreich für alle Beteiligten zu verbinden mit Spontanhelfenden. Ich glaube, das kann ein drittes Charakteristikum werden des deutschen Bevölkerungsschutzes. Aber auch das kommt nicht von alleine und nicht automatisch. Herzlichen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank. Frau Stock ist uns abhandengekommen. Wir warten, ob sie noch einmal kommt. Ich würde vorschlagen, wir steigen jetzt direkt in die Fragerunde ein und die Abgeordneten wissen das, wir haben eine erste große Runde, wo die Zeiten sehr unterschiedlich verteilt sind, je nach Fraktionsgröße. Wichtig für Sie ist zu wissen, dass Fragen und Antworten in der jeweiligen Zeit passieren. Das kann so ein bisschen hin und her gehen, aber es muss innerhalb dieser jeweiligen Minuten sein. Und in der ersten Fragerunde werden auch die Antworten der Bundesregierung nicht mit angerechnet. Das ist für die Abgeordneten immer ganz spannend, weil sie oft die letzte Frage denen dann stellen. Wir beginnen dann bei der Union und das Wort hat Artur Auernhammer. Bitte schön.

Abg. **Artur Auernhammer** (CDU/CSU): Vielen Dank. Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren, vor allem liebe Vertreterinnen und Vertreter der Blaulichtorganisationen, auch Grüße an diejenigen, die oben sitzen und dieser Veranstaltung beiwohnen. Ich finde es gut, dass wir heute darüber diskutieren. Wir haben uns bewusst in den Koalitionsverhandlungen als Regierungskoalition dazu verständigt, diesen Ausschuss, der bisher Ausschuss für Sport geheißen hat, Ausschuss für Sport und Ehrenamt zu nennen und haben uns auch bewusst dazu verständigt und auch dafür eingesetzt, dass wir eine Funktion, eine Staatsministerin im Bundeskanzleramt für Sport und Ehrenamt installieren. Weil wir auch merken in den letzten Jahren, das Thema Ehrenamt kommt eigentlich in der gesellschaftspolitischen Diskussion zu kurz. Sie sind jetzt hier, Vertreter und Vertreterinnen von Organisationen, die viele jahrzehntelang ehrenamtlich tätig sind. Und wenn ich mir, weil es auch schon angesprochen wurde, die



letzten zwei Wochen vor Augen führe, die Olympischen Winterspiele in Mailand und Cortina, die würden nicht funktionieren ohne ehrenamtlichen Einsatz. Dann würde das nicht funktionieren, was Millionen von Zuschauern vor dem Fernseher oder auch vor Ort, wir waren auch mit einer Delegation vor Ort, erlebt haben. Das alles ist ehrenamtliches Engagement, und da geht es nicht um die Vermarktung von irgendwelchen teuren Eintrittskarten. Das sind die Menschen, die an der Straße stehen, die entsprechend die Bereitschaft haben, beim Roten Kreuz, beim ASB und dergleichen mitzuwirken, die einfach da sind. Ja, und deshalb will ich das ausdrücklich betonen, uns ist das Ehrenamt wichtig in diesem Ausschuss und auch in dieser Regierungsarbeit. Deshalb vielen, vielen Dank erst einmal für all Ihren Einsatz, den Sie, den viele Menschen auch über Jahrzehnte leisten. Das kann man nur entsprechend positiv honorieren. Auch wenn man es nicht mit Geld honorieren kann, das ist Engagement, das macht man auch aus Leidenschaft. Deshalb eine Frage an alle drei Vertreter, die hier sind, wie schätzen Sie die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Ihre Organisationen ein? Das gesellschaftliche Engagement, das wurde schon angesprochen, diese spontane Hilfe, da will jeder schnell helfen. Wir haben das im Ahrtal erlebt. Ich bin seit über 40 Jahren bei der Feuerwehr. Diese kontinuierliche Hilfsbereitschaft über Jahrzehnte hinweg, wie schätzen Sie das ein, in Bezug auf unsere gesellschaftliche Veränderung, die wir auch erlebt haben? Frage an alle drei.

Die **Vorsitzende**: Wer mag beginnen? Herr Schnatz, bitte.

Michael Schnatz (ASB): Vielen Dank für die warmen Worte. Es ist so, Sie haben vollkommen recht, wir haben sehr viele Engagierte, die Jahrzehnte und zum Teil auch im Familienverbund aktiv sind. Da schlägt natürlich auch der demografische Wandel zu. Herr Banse hat es schon gesagt, und das kann man auch im Freiwilligenurvey nachlesen, wir wachsen. Wir haben eine hohe Attraktivität für junge Menschen. Beim ASB sind es überwiegend junge Frauen, die zu uns kommen. Der Bevölkerungsschutz hatte lange so ein bisschen den Touch von schweren Fahrzeugen und männerdominierter Welt. Das hat sich gewandelt und verändert. Diese Bindungskraft zeichnet den Bevölkerungsschutz auch im Vergleich zu anderen Engagement-Bereichen unglaublich aus. Wir haben lange Karrieren

im Ehrenamt, die dann zum Teil auch bei uns Präsidenten, Vorsitzende und sowas werden und Funktionen übernehmen. Aber wir merken natürlich den demografischen Wandel. Wir merken auch die Herausforderungen durch Digitalisierung, durch Veränderungen am Arbeitsmarkt, durch schwierige Kinderbetreuung in manchen Regionen. Und das sind Herausforderungen, vor denen wir tatsächlich stehen. Aber diese Bindungskraft, die darf man tatsächlich nicht unterschätzen und macht uns eigentlich Hoffnung, dass wir auch mit den ganzen jungen Leuten, die im Moment kommen, aufgrund der ganzen Situation, in der wir uns als Land befinden, dass wir da auch langfristig ganz gut aufgestellt sind.

Karl-Heinz Banse (DFV): Ich kann das für die Feuerwehren eigentlich nur zum Großteil bestätigen. Wir hatten vor Jahren noch Prognosen erhalten, dass wir vom demografischen Wandel ganz massiv getroffen werden, dass wir Probleme bekommen werden. Die sollten jetzt schon eintreten, zu dieser Zeit. Das konnte abgewendet werden. Es hat verschiedene Werbeaktionen gegeben. Sie haben sicherlich diese Plakate gesehen mit dem Druckknopfmelder: „Stell dir vor, es brennt – und keiner kommt“. Diese ganzen Geschichten, die da gelaufen sind, waren sehr erfolgreich. Unsere Jugend- und Kinderarbeit ist sehr erfolgreich, deswegen auch diese hohen Zahlen in der Kinder- und Jugendfeuerwehr. Aber ich habe auch das Gefühl, dass es ein kleines Umdenken gibt bei den jungen Menschen. Es ist nicht mehr nur noch Work-Life-Balance und ich will nur nehmen, aber nicht geben. So langsam merkt man auch, dass die jungen Menschen etwas anders ticken, dass sie sich auch darüber Gedanken machen, wir müssen jetzt irgendwie zusammen etwas tun, um etwas abzuwehren. Da spielen viele Dinge eine Rolle. Das mag dieses Ereignis im Ahrtal gewesen sein. Solche großen Ereignisse führen immer dazu, auch Corona, dass wir plötzlich steigende Zahlen kriegen, weil viele sagen, ich will auch mithelfen. Es ist aber auch der Krieg in der Ukraine, der eine große Rolle spielt. Und insofern habe ich eigentlich nicht so die ganz große Angst, dass wir massive Probleme bekommen werden. Aber gleichwohl, der demografische Wandel wird uns treffen. Die Babyboomer, die sind jetzt bald verschwunden. Also meine Jahrgänge, ich höre jetzt auch nächstes Jahr auf. Ich bin seit 1973 dabei, das sind auch schon ein paar Tage. Das wird sich bemerkbar machen, auch bei



den Führungskräften. Aber da versuchen wir gegenzusteuern. Und wir erwarten eigentlich auch von der Gesellschaft, von der Politik, dass man Maßnahmen ergreift, das Ehrenamt genau in diesen Bereichen zu stärken, damit wir die Zahlen, die wir brauchen, auch halten können.

Dr. Heike Spieker (DRK): Wenn ich das vielleicht ergänzen kann aus der Erfahrung, die wir im Roten Kreuz machen, ist, dass Ehrenamtler insgesamt, aber insbesondere auch jüngere und junge Ehrenamtler, sehr viel Wert legen auf Flexibilität. Das hört sich banal an, ist aber in der Praxis nicht banal umzusetzen und zu garantieren. Und das hat ganz viele Auswirkungen. Aber ein starres Ehrenamt mit starren Qualifikationen, die es für viele Dinge braucht, um trotz Ehrenamt professionell arbeiten zu können, das zusammenzubringen ist schwierig. Eine zweite Schwierigkeit ist, und ich glaube, das spiegelt auch unsere Gesellschaft in Deutschland grundsätzlich wider, Anerkennung. Es ist ganz schwierig, Ehrenamtler Anerkennung zu verweigern. Und das darf in unserer Gesellschaft nicht nur sein, ich sage dir, dass ich dich anerkenne. Das ist schön, das ist wichtig, aber das reicht nicht aus. Da arbeiten wir sehr stark, ich muss aber auch sagen, wir haben noch nicht den Goldenen Schnitt, die perfekte Lösung noch nicht gefunden, aber die braucht es. Ein letztes, was es braucht, und ich glaube, auch das spiegelt sich in der allgemeinen Gesellschaft wider, Gerechtigkeit. Das Gefühl, wenn ich etwas tue, ehrenamtlich, ich tue etwas Bestimmtes, jemand anderes tut eigentlich dasselbe, auch ehrenamtlich, wird aber anders behandelt, dann fühle ich mich ungerecht behandelt und dann habe ich eigentlich keine Lust mehr. Und das ist ein Problem. Und es wurde schon angesprochen, bundesrechtliche Regelungen, landesrechtliche Regelungen für den Ehrenamtler, den individuellen Helfern ist das gleichgültig. Er und sie fühlt sich ungerecht und ungleich behandelt. Das ist negativ in ihrem Empfinden, in der Beurteilung, und wirkt nicht motivationsfördernd. So kann man es vielleicht in drei Punkten kurz zusammenfassen. Mir ist klar, die Lösungen sind nicht einfach, aber es gibt Lösungen. Es ist nicht gottgegeben, dass man daran nichts machen kann. Und ich glaube, das wäre etwas, wo wir gemeinsam darüber nachdenken können. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Wir gehen weiter und kommen zur AfD-Fraktion, Herr Schieske.

Abg. **Lars Schieske (AfD):** Danke, Frau Vorsitzende. Erst einmal vielen Dank für Ihre Ausführungen, aber ich habe eine spezielle Frage an Herrn Banse. Und zwar geht es zunächst mal um die Absage der internationalen Meisterschaften. Sie haben gerade gesagt, dass Sie sich verantwortlich fühlen, die Olympiade mitzubetreuen. So eine Veranstaltung wie eine Olympiade hat eine erhebliche Strahlkraft auch international. Die wurde nun abgesagt. Wir haben eine Stellungnahme, einmal von dem Ministerium und einmal Ihre Pressemitteilung. Die sind jetzt ziemlich konträr, wenn man sich die anschaut. Deswegen wollte ich einfach fragen, warum wurde kein vollständiger und belastbarer Finanzierungsantrag mit klar bezifferten Förderbedarf beim Bund eingereicht, bevor öffentlich von fehlender Unterstützung gesprochen wurde? Weil das war sozusagen der Grund Ihrer Pressemitteilung.

Karl-Heinz Banse (DFV): Ich antworte sehr gern darauf. Wir haben belastende Zahlen eingereicht, wir haben sehr viele Gespräche geführt. Es hat sehr viele Veranstaltungen gegeben, wo Vertreter der Bundesregierung, aber auch Vertreter der Industrie anwesend waren und wo man uns zugesagt hat, wir werden eure Veranstaltungen unterstützen. Dann gab es in Deutschland die Situation, dass die Bundesregierung, mit der wir zuerst gesprochen haben, nicht mehr die Bundesregierung war, sondern es zu einem Wechsel kam. Es kam zu Zuständigkeitsverschiebungen. Wir mussten eine Deadline setzen. Das war auch abgesprochen mit dem Weltfeuerwehrverband. Das war der 30.06. des vergangenen Jahres, oder 31.05. sogar, bis zu dem wir wissen mussten, wird die Veranstaltung stattfinden, Ja oder Nein? Auch gegenüber den Sportlern, damit man die Chance hat, wenn Deutschland es nicht machen kann, es woanders zu machen. Die Olympiade findet statt an zwei Standorten, in Österreich und in Tschechien. Wir haben die Zusagen nicht bekommen, weder von der Industrie, also kein Sponsoring, und auch keine klaren Zusagen von der Bundesregierung und mussten dann die Olympiade absagen. So einfach ist das. Ich kann den DFV nicht in den Ruin stürzen mit einer Veranstaltung mit Kosten von drei Mio. Euro, wenn ich keine Absicherung dafür habe.

Abg. **Lars Schieske (AfD):** Seitens des BMI gab es wohl noch weitere Gesprächsangebote, damit Sie das konkretisieren können. Warum wurden diese nicht angenommen?



Karl-Heinz Banse (DFV): Wir haben sehr, sehr viele Gespräche geführt, aber irgendwann war diese Deadline erreicht, und im Nachhinein brauche ich nicht mehr reden, wenn der CTIF die Mitteilung bekommen hat, Deutschland gibt die Olympiade zurück, dann ist sie zurückgegeben, und dann gibt es Neue, die sie ausrichten.

Abg. **Lars Schieske** (AfD): Wann fiel denn die strategische Entscheidung, diese Olympiade nach Berlin zu holen? Soweit ich informiert bin, und da bin ich in engem Austausch mit dem einen oder anderen Bundestrainer, war der Austragungsort Mühlhausen bestimmt? Wann wurde davon abgewichen und entschieden, diesen Austragungsort nach Berlin zu verlegen?

Karl-Heinz Banse (DFV): Die Entscheidung, die Olympiade nach Deutschland zu holen, hängt damit zusammen, dass eigentlich die Olympiade in Russland stattfinden sollte. Turnusmäßig wäre Russland dran gewesen. Die Mitgliedschaft Russlands im CTIF ruht und als zweiter wäre Belarus, Weißrussland, als Ausrichter infrage gekommen. Auch da ruht die Mitgliedschaft. Insofern waren beide ausgeschieden. Das CTIF hat dann händeringend einen Ausrichter gesucht und schlussendlich ist der CTIF-Präsident auf mich zugekommen und hat gesagt, ihr seid das größte Land, ihr habt die stärksten Feuerwehren der Welt, ihr seid eines der reichsten Länder. Wenn ihr das nicht hinkriegt, dann keiner. Macht das bitte. Mühlhausen war niemals als Austragungsort gesetzt. Es war von vornherein der Gedanke Berlin, aus dem einfachen Grund, dass die Berliner Feuerwehr in diesem Jahr ihr 175jähriges Bestehen feiert und wir zusammen zu diesem Jubiläum die Olympiade hierherholen wollten, damit auch in Berlin vielleicht die Feuerwehr in einem noch besseren Licht erstrahlt, als sie es jetzt tut. Das waren die Hintergründe, und daraufhin wurden Gespräche geführt mit Industrie, mit Geldgebern, mit Politik. Es sah alles sehr rosig aus. Es wurde alles als sehr gut und unterstützungswürdig bezeichnet, und letztendlich ist es nicht dazu gekommen.

Abg. **Lars Schieske** (AfD): Teilnehmer an internationalen Wettkämpfen, auch an deutschen Meisterschaften, müssen an den Verband Startgelder zahlen. Trotzdem müssen die Teilnehmer ihre Unterkunft, Anreise usw. teilweise selbst finanzieren.

Können Sie offen und transparent darlegen, wofür diese Startgelder dann benutzt werden?

Karl-Heinz Banse (DFV): Der CTIF hat Regeln aufgestellt, wie hoch die Startgelder sind für solche Veranstaltungen. Die werden zusammen mit dem Veranstalter hochgerechnet. Ich kann das jetzt nicht genau sagen, denn der Sportbereich ist nicht unbedingt der Bereich, wo ich am stärksten unterwegs bin. Das spielt zwar bei der Feuerwehr eine Rolle, das habe ich gesagt, aber im Augenblick beschäftige ich mich mehr mit anderen Themen wie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz. Aber es gibt da Regeln und danach werden diese Gelder bemessen. Der DFV selbst hat nicht die Möglichkeiten, die Sportler mit Geld zu unterstützen, damit wir das bezahlen können. Da fehlen uns ganz einfach die Mittel. Aus den Ländern wüsste ich auch nicht, dass da Mittel bereitgestellt werden, und in der Regel sind es die Kommunen selbst, wo diese Mannschaften herkommen.

Abg. **Lars Schieske** (AfD): Dann habe ich noch eine Frage an die Regierung Nach dieser Absage durch den Deutschen Feuerwehrverband, gab es da noch einmal im Nachgang Gespräche mit dem Land Berlin, oder mit dem Deutschen Feuerwehrverband?

Dr. Tobias Plate (BMI): Danke für die Frage. Wir sind mit dem Deutschen Feuerwehrverband ganz kontinuierlich im Austausch. Alle paar Wochen treffen wir uns. Ehrlich gesagt, weil es immer viele Themen gibt, rund um die Themen Feuerwehr, Ehrenamt, Bevölkerungsschutz, Haushaltsmittel und Ähnliches. Da haben wir natürlich, nach meiner Erinnerung, sicher mehrfach dieses Thema gestreift. Herr Banse, ich sehe auch ein Nicken, insofern auf jeden Fall. Mit dem Land Berlin sind wir natürlich regelmäßig im Austausch, aber speziell zu dieser Frage, soweit ich das richtig in Erinnerung habe, nicht mehr nach der Absage. Vor der Absage war die Frage an das Land Berlin, inwieweit eine Co-Finanzierung von Berlin in Frage käme, weil das absolut einzige Konstrukt, was rechtlich denkbar gewesen wäre, um so etwas kurzfristig hinzukriegen, eine Co-Förderung vorausgesetzt hatte. Das war aber seitens Berlins nicht möglich. Dann kam die Absage und danach, nach meiner Erinnerung, kein weiterer Austausch zu der Frage mit Berlin.



Abg. **Lars Schieske** (AfD): Noch einmal eine Frage an die Regierung. Die beiden Aussagen stehen konträr gegenüber. Einmal wird gesagt, es war keine Ausfinanzierung seitens des Bundes. Und das andere, Sie sagen, es gab keine Finanzierung. Wurde darüber denn gesprochen, weil es scheint eine Verbandsstrukturform zu sein, da im Prinzip einen internationalen Wettkampf nicht ausrichten zu können.

Dr. Tobias Plate (BMI): Ich gebe zu, Aussagen, die sich konträr gegenüberstünden, wären mir jetzt ehrlich gesagt nicht präsent. Dass es nicht ausfinanziert war, scheint mir zu stimmen. Da sehe ich jetzt auch keinen Dissens. Und weder hatte der DFV eigenes Geld, um das auszufinanzieren, noch hatte der Bund das rechtliche Konstrukt, um das auszufinanzieren. Dritte Variante, Co-Finanzierung mit dem Land Berlin war möglich. An der Stelle kann ich jetzt den Widerspruch nicht erkennen. Ansonsten müssen Sie es mir vielleicht noch einmal genauer vorhalten, weil ich den Text jetzt gerade nicht vorliegen habe.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann geht jetzt das Fragerecht an die SPD-Fraktion. Das übernehme ich an dieser Stelle, also nicht irritiert sein. Ich möchte auch noch einmal aus der Position heraus Ihnen ganz herzlich danken für die wichtige Arbeit, die passiert. Und Sie stehen für Millionen Menschen. Das darf man nicht vergessen. Wir haben hier im politischen Bereich durchaus auch mehrfach mit den Dingen, die Sie angesprochen haben, schon zu tun gehabt. Ich möchte nur einmal zwei kurz nennen, Ahrtal ist schon gefallen, und ich kann mich gut erinnern, dass einmal die Diskussion losging, was machen wir eigentlich mit diesen vielen Menschen, die die Schaufel ins Auto werfen, da hinfahren und dann da stehen? Daraus sind verschiedene Überlegungen gekommen, bis hin zu militärisch-ziviler Zusammenarbeit, wie kann man das eigentlich besser strukturieren und ist auch ein bisschen die Idee einer kritischen Infrastruktur, die man da überlegt. Aber ich erinnere mich auch noch sehr gut, als so viele Geflüchtete kamen aus Syrien, und die Menschen ließen sich gar nicht aufhalten, wurden teilweise leider auch noch beschimpft dafür, das muss man auch einmal sagen, dass sie sich einfach eingesetzt haben, Kleidung zu sammeln und zu den Menschen zu gehen, sogar Strukturen aufzubauen. Also das ist eine schier grenzenlose Kraft, die da wirklich in der Bevölkerung ist.

Und deswegen möchte ich doch noch einmal nachfragen, wenn das alles doch da ist, Sie sagen es auch, wie geht es bei Ihnen mit der Ehrenamtsgewinnung weiter, mit der Nachwuchsgewinnung? Von den Feuerwehren hatten wir eben schon eine sehr positive Rückmeldung bekommen. Wobei ich mir da die Bemerkung erlauben darf zu sagen, das liegt natürlich ganz stark auch daran, ob man Jugendfeuerwehren einrichtet, Minifeuerwehren einrichtet, also einfach auch eine Möglichkeit schafft für die Jugend, aktiv zu sein. Und wie ist es bei Ihnen, beim ASB und beim DRK, wo sehen Sie die Möglichkeiten, tatsächlich noch besser zu werden für die Gewinnung bzw. wo sehen Sie auch die positiven Dinge, die das Ehrenamt bei Ihnen besonders mitnimmt?

Michael Schnatz (ASB): Vielen Dank für die Frage. Für den ASB kann ich sagen, dass wir auch in Veränderungsprozessen sind und auch eine größere Aufnahmefähigkeit nach außen sicherstellen müssen. Das haben diese Lagen, die Sie eben gezeichnet haben, auch ganz gut gezeigt, dass wir gemerkt haben, in der Akut- und Notphase braucht es professionelles Ehrenamt oder professionalisiertes Ehrenamt aus dem Bevölkerungsschutz. Für langfristige Lagen merken wir, dass aus der Gesellschaft Menschen zu uns kommen. Ob die jetzt Kleiderkammern aufmachen in Flüchtlingsunterkünften oder eine Form von sozialer Betreuung anbieten oder, oder, oder. Seit 2015/2016 sind wir da auch offener geworden und wir merken, das hat sich auch verstärkt in der Corona-Pandemie. Unsere Gesellschaft ist unglaublich resilient, und die Leute sind in der Not besonders aktiv und engagiert. Wie viele Selbsthilfegruppen sich in Nachbarschaften gegründet haben. Ich wohne in Köln in einem Mietshaus, und dass da plötzlich für ältere Nachbarn eingekauft wurde, hätte ich vorher überhaupt nicht erwartet. Als Organisation merken wir, diese Menschen kommen auch zu uns, wie auch zu den anderen Organisationen, weil sie merken, da finden sie auch ein Zuhause, da finden sie Gleichgesinnte. Aber es ist auch so eine intrinsische Geschichte in den Organisationen, da eine Offenheit zu zeigen und nicht zu sagen – ich war vorhin bei dem Bild von Technik und hohen Qualifikationen: Du musst jetzt erst einmal drei Wochen Lehrgänge machen, bevor du überhaupt mitmachen darfst. Wir müssen auch niedrigschwellige Angebote finden und schaffen. Das tun wir auch, auch im sozialen Engagement, und haben da eine große Anschlussfähigkeit.



Und zur Nachwuchsgewinnung, wir haben auch eine Jugendorganisation. Wir sind sehr aktiv in Schulen mit Schulsanitätsdiensten. Das ist immer ganz toll, die Lütten zu sehen, wenn sie in der vierten, fünften, sechsten Klasse ganz stolz mit einer ASB-, DLRG-, Johanniter-, Malteser- oder DRK-Jacke herumlaufen, um sie einmal alle mit ins Boot zu holen, und dann hineinwachsen in so eine Organisation und vom Schulsanitätsdienst ganz oft im Katastrophenschutz landen, auch aus den Freiwilligendiensten ganz oft einfach bleiben. Und wenn sie dann zum Studium irgendwo hingehen und sagen, ich habe da ein ganz tolles Engagement gefunden, da bleibe ich einfach. Da sind wir wieder bei diesem Thema langfristige Bindung. Aber es muss auch eine Offenheit der Organisationen geben, da die Türen aufzuhalten.

Dr. Heike Spieker (DRK): Wenn Sie mir gestatten, zwei oder drei ergänzende Faktoren zu sagen. Das, was Michael Schnatz sagte, das würde ich auch so teilen. Bei uns wäre es dann das Jugendrotkreuz, das sehr viel in dieser Hinsicht macht. Was ich für das Rote Kreuz besonders hervorheben würde, wir haben die großen fünf sogenannten Rotkreuzgemeinschaften. Das sind im Bevölkerungsschutz insbesondere Bereitschaften, Wasserwacht und Bergwacht. Die haben eben vor Jahren schon begonnen, und sind nach wie vor sehr intensiv dabei zu schauen, wie können sie sich selbst weiter flexibilisieren, was Qualifikationen angeht, um bestimmte Dinge machen zu können. Was aber auch das Zeitkontingent angeht, was erfordert wird, auch was sozusagen sozial erwartet wird, wenn du bei uns mitmachen willst, musst du aber mindestens das und das tun, und zu versuchen, davon wegzugehen. Aber das ist eben auch nicht offensichtlich, dass man nicht die Erwartung hat, wenn du jetzt zu uns kommst, erwarten wir, dass du aber die nächsten 35 Jahre schon dabeibleibst. Sondern eher auch Strukturen zu schaffen, die das auffangen können. Dass jemand sagt, ich mache das jetzt einmal für ein halbes Jahr oder ich möchte das vielleicht auch noch ein Jahr machen, aber dann möchte ich etwas anderes. Und da möchte ich zumindest überlegen dürfen und mich nicht rechtfertigen müssen, dass ich das weiter tue.

Die **Vorsitzende:** Vielen Dank. Wir müssen nachher weitermachen, denn das Fragerecht geht an Bündnis 90/Die Grünen, Tina Winklmann, bitte schön.

Abg. **Tina Winklmann (Bündnis 90/Die Grünen):** Danke, Frau Vorsitzende. Auch erst einmal von uns vielen herzlichen Dank für Ihr Kommen. Vielen herzlichen Dank für den täglichen Einsatz. Die Blaulichtorganisationen, die Malteser, die Johanniter, DRK, DLRG es macht die Gemeinsamkeit, es macht die Gemeinschaft aus. Ihr sorgt für öffentliche Sicherheit, für gesellschaftliche Resilienz. Ohne Euch würde hier in allen gesellschaftlichen Bereichen wirklich in unserem Land wenig bis gar nichts gehen. Und das muss auch noch einmal herausgestellt werden. Dann wäre ich auch bei unserer Frage. Mich würde interessieren, welche Erwartungen richten Sie, besonders vielleicht, wenn wir dann auch mit dem DRK, mit Frau Dr. Spieker, beginnen könnten, hinsichtlich der bundeseinheitlichen Regelung bzw. Mindeststandards zur Helfergleichstellung an die Bundesregierung? Die Helfergleichstellung ist ein sehr wichtiges Thema. Wir brauchen die Helfergleichstellung, um wieder mehr Menschen gewinnen zu können für das Ehrenamt. Deshalb würde ich gern an alle diese Frage richten, würde mich aber sehr freuen, wenn Frau Dr. Spieker beginnt.

Dr. Heike Spieker (DRK): Das mache ich gern, vielen Dank, und ich versuche auch, mich kurz zu fassen. Lassen Sie mich vielleicht Folgendes sagen und betonen. Die Forderung oder die dringende Bitte um Helfergleichstellung ist kein Lobbyslogan, den sich das DRK überlegt hätte, sondern das ist Aufnehmen schlichtweg, was wir als Feedback von den unterschiedlichen Ehrenamtlichen aus den unterschiedlichen Gemeinschaften und sonstigen Verwendungen ständig bekommen. Uns ist selbstverständlich klar, und Michael Schnatz hat das in seinem Eingangsstatement auch angedeutet, es gibt unterschiedliche Gesetzgebungs- und Gesetzesvollzugszuständigkeiten. Ich glaube aber, es gibt mehrere Möglichkeiten, wie der Bundestag es unterstützen könnte, sozusagen den Appetit zu schaffen, auch für Landesgesetzgebungen, für Landesbehörden, zu einer gleichen oder vergleichbaren Lösung zu kommen. Es gibt verschiedene, ich habe mich auch mal damit beschäftigt. Ich glaube, was eigentlich das einfachste und vielleicht auch das gleichzeitig wirksamste Mittel sein könnte, ist, wenn man einen gewissen Mindeststandard als Empfehlung formulieren könnte. Und vielleicht auch noch ein paar Hinweise, wie das dann tatsächlich funktionieren kann, das wäre sehr viel wirksamer, nicht kurzfristig, aber mittel- und



langfristig, als es sich jetzt so abstrakt beschrieben anhören würde. Vielen Dank.

Karl-Heinz Banse (DFV): Tja, wir Feuerwehren haben dieses Problem in dem Umfang nicht. Wir haben aber weit über 100 Jahre dafür gekämpft, dass es so ist, wie es jetzt geregelt ist. Wir haben die Freistellung bei Einsätzen und bei Ausbildung uneingeschränkt. Wir haben einen besonderen Versicherungsschutz. Feuerwehrleute sind mit mehr Leistungen versichert als alle anderen Menschen, wenn etwas passiert. Aber das sind alles Dinge, die wir lange, lange erarbeitet haben, wo wir sehr viel kämpfen mussten. Bezahlt werden diese Dinge durch die Kommunen, durch die Bürger in den Gemeinden. Sie zahlen letztendlich ihre Feuerwehren. Das ist nicht das Land und nicht der Bund. Nur dann, wenn es sich um größere Katastrophenfälle handelt, wenn Feuerwehreinheiten in Katastropheneinsatz gehen, auf Landesebene oder Bevölkerungsschutzmaßnahmen, dann sieht die Kostenteilung vielleicht etwas anders aus. Aber jetzt ist es so, es zahlen die Kommunen, und wir sind eigentlich, was das angeht, gut abgedeckt. Und ich persönlich bin auch der Meinung, es muss für alle Organisationen die gleiche Absicherung geben. Ich bin aber nicht bereit, dass man jetzt Standards setzt, die vielleicht unter dem liegen, wie die Feuerwehren jetzt abgesichert sind. Ich glaube, da werden wir uns nicht darauf einlassen können. Aber es sollte schon so sein, das THW ist ähnlich gut abgesichert wie Feuerwehren, dass man da eine Einheitlichkeit hinbekommt und für alle gleich. Da gibt es überhaupt keinen Unterschied zwischen DLRG, Bergwacht, Wasserwacht, ASB, Samariter, Johanniter und Deutschem Roten Kreuz. Das sind alles Ehrenamtler, die in den Einsatz gehen. Und die müssen eigentlich alle gleich abgesichert sein. Wir sind zusammen an den Einsatzstellen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herrn Schnatz nehmen wir in die zweite Fragerunde. Wir würden diese erste Fragerunde noch abschließen mit der Fraktion Die Linke, Frau Eißing, und dann, Frau Stock, würden wir es noch einmal versuchen, dass Sie auch Ihr Statement abgeben können.

Die **Vorsitzende**: Dann hat Frau Eißing das Wort.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Vielen Dank. Wenn Sie mir dann zum Schluss zehn Sekunden lassen? Ich würde dann gern noch die Regierung befragen. Zum einen bin ich sehr verwundert, über die

Abwesenheit der Staatsministerin heute im Ausschuss. Sie sitzt unten in der Regierungsbank und ist nicht im Ausschuss. Würdigung des Ehrenamts sieht aus unserer Sicht anders aus. Aber jetzt komme ich zu den Fragen, gern an alle Verbände. Ich mache jetzt ein anderes Thema auf. Wie ist die Haltung der Organisationen zum Thema Ersatzdienste bei einer Reaktivierung der Wehrpflicht? Einzelne Jugendorganisationen von Ihren Verbänden haben sich dazu schon geäußert. Und in welchem Umfang können die jeweiligen Organisationen, personell und finanziell, einen Ersatzdienst anbieten, sollte eine Wehrpflicht wieder eingeführt werden?

Michael Schnatz (ASB): Vielleicht ganz knapp, wenn die Wehrpflicht wiederkommt und damit auch der Wehrrersatzdienst, stehen wir zumindest bereit, die alten Strukturen zu reaktivieren. Die sind jetzt noch nicht so lange ausgeschaltet. Es gibt da auch erste politische Bestrebungen eines Zivildienstgesetzes oder der Überarbeitung des alten Gesetzes. Da sind wir auch eingebunden, und das sehen wir jetzt als ASB auch als gesellschaftliche Verpflichtung im Rahmen der Gesamtverteidigung, diesen Menschen auch die Möglichkeit zu geben, Dienste bei uns zu machen. Über finanzielle Rahmenbedingungen und wie das konkurriert mit Freiwilligendiensten muss man im Detail noch einmal sprechen. Das würde den Rahmen hier heute sprengen. Ganz wichtig ist der alte Paragraph 14, dass der Zivildienst auch über mehrere Jahre geleistet werden kann, weil das zahlt auf den Bevölkerungsschutz ein. Wir brauchen keine Zivildienstleistenden, die sechs Monate Vollzeit da sind, sondern langfristig, mehrere Wochenenden über viele Jahre verteilt bei uns sein können.

Karl-Heinz Banse (DFV): Das kann ich für die Feuerwehren nur unterstreichen. Genauso sieht es aus. Wir wären auch bereit, das sofort wieder umzusetzen. Was wir uns wünschen würden, es gibt jetzt diese Umfragen an die jungen Männer und auch Frauen, wenn sie da mitmachen wollen, ob sie bereit wären, zur Bundeswehr zu gehen, Ja oder Nein? Warum schreibt man in diese Umfrage nicht gleich mit hinein, sind sie bereit, wärt ihr bereit, im Bevölkerungsschutz tätig zu werden? Bei der Feuerwehr? Bei den Hilfsorganisationen? Das würde uns auch ein Stück weit nach vorne bringen. Denn wenn es dann dazu kommt, ist das natürlich für uns ein Plus. Wir würden dem demografischen



Wandel natürlich auch ein Stück weit entgegneten, wenn noch mehr junge Menschen mitmachen, klar. Und was ganz wichtig ist, es reicht nicht für sechs Monate, es müssen mehrere Jahre sein. Allein die Ausbildung eines einsatzfähigen Feuerwehrmannes oder einer Feuerwehrfrau dauert zwei Jahre.

Die **Vorsitzende**: Noch 20 Sekunden haben wir.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Dann würde ich gern zu Frau Kibele weitergehen. Wie rechtfertigt die Bundesregierung die bislang über alle Bundesländer hinweg unterschiedliche Versorgung der Helferinnen und Helfer?

Dr. Babette Kibele (BKAm): Da würde ich fast an Herrn Plate weitergeben, weil das eine Zuständigkeit des BMI ist, aber das ist die Kompetenzverteilung zwischen Bundes- und Landesrecht. Aber das kann Herr Plate gern noch weiter ausführen.

Dr. Tobias Plate (BMI): So ist das. Sie spielen auf die Helfergleichstellung an, das hatten auch von den Kolleginnen und Kollegen einige hervorgehoben. Das ist auch aus unserer Sicht ein reales Problem. Nur allein, dass etwas ein reales Problem ist, heißt noch nicht, dass es eine Bundeskompetenz gibt, das Problem zu lösen. Es ist einfach so, ich kann gleich auf das Thema Empfehlungen eingehen, aber der Hauptwunsch ist natürlich immer, es müsste eine gesetzliche Vereinheitlichung geben. Wenn es eine Vereinheitlichung sein soll, müsste es eine bundesgesetzliche Vereinheitlichung sein. Das ist aber tatsächlich, Kraft der Kompetenzordnung unseres Grundgesetzes, so nicht möglich. Die Länder können das nur jeweils regeln. Das bedeutet, Herr Banse hat es schon gesagt, er möchte keine Angleichung nach unten, völlig nachvollziehbar. Dann müsste es eigentlich, wenn Angleichung, auf den bisherigen Maximalstandard sein. Das kostet natürlich Geld. Deswegen wollen das nicht alle Länder, oder können es sich zumindest nicht leisten, sagen wir es so. Es gibt auch die Idee einer Empfehlung. Da ist so meine Erfahrung in der Bund-Länder-Zusammenarbeit, dass eine Empfehlung des Bundes nicht häufig, um nicht zu sagen in aller Regel, nicht besonders wirksam ist und oft sogar kontraproduktiv. Die dritte Variante, die wir bisher verfolgen aufgrund dieser Rechtsauffassung, dass wir das nicht bundesgesetzlich regeln können, ist, dass wir zumindest immer in allen Gremienstrukturen dafür wer-

ben, dass solche Vereinheitlichungsschritte erfolgen. Zuletzt war es auch in der IMK. Der Bundesinnenminister hat auch mit dafür geworben, Seite an Seite mit einigen Landesministerpräsidentinnen und -präsidenten. Und wir sehen auch eine Bewegung. Es gibt zunehmend Länder, die Schritte unternehmen. Allerdings, so viel gehört zur Ehrlichkeit dazu, das ist eine langsame Bewegung und auch aus unserer Sicht eigentlich eine zu langsame Bewegung. Die letzte Variante, Herr Schnatz hatte das schon ein bisschen angedeutet, kann man das nicht zumindest vereinheitlichen für den Bereich, für den der Bund Bundeszuständigkeit hat. Das würde bedeuten für den Zivilschutz, das ist quasi für den Kriegsfall. Das würde natürlich rein rechtlich gehen. Aber wir müssen das einmal ein bisschen abwägen, weil der Zivilschutzfall tritt hoffentlich, wenn wir mit unseren Bemühungen, uns in der Gesamtverteidigung besser aufzustellen, deswegen Russland vielleicht nicht auf die Idee kommt, die NATO anzugreifen, gar nicht ein. Das heißt, real würde sich diese Gleichstellung nicht auswirken. Man kann natürlich darüber diskutieren, ob das zumindest so eine Art Impuls setzen würde. Da gibt es derzeit noch unterschiedliche Meinungen dazu, auch innerhalb der Regierung. Aber Sie wissen vielleicht, im Koalitionsvertrag steht, dass es grundsätzlich ein Artikelgesetz Zivile Verteidigung geben soll. Ich vermute, dass auch in diesem Jahr irgendwann ein Referentenentwurf kommt und im Zuge der Überlegung, was da alles drinstehen soll und wie wir was regeln wollen, werden wir uns auch über diese Frage noch einmal beugen. Aber ich sage ganz bewusst, da kann ich noch kein Ergebnis zusagen, weil die Diskussionen noch laufen, da sprechen Argumente dafür und dagegen.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Ich habe noch vier Sekunden, wenn ich ganz schnell mache?

Die **Vorsitzende**: Ja.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Plant die Bundesregierung einheitliche Regelungen für Aus- und Weiterbildung? Sie haben gerade gesagt, sie müssen da frei nehmen. Also Bildungsurlaub für alle?

Dr. Tobias Plate (BMI): Ich habe die Frage verstanden, auch wenn die letzten Sekunden abgeschnitten waren. Das ist im Prinzip das gleiche Thema. Da können wir nichts in dem Sinne planen, weil der Bund keine eigene Rechtsetzungskompe-



tenz hat für so eine Vereinheitlichung. Es fällt leider, ich bedauere das auch wirklich, in die gleiche Schublade. Eigentlich können nur die Länder, aber wir suchen intensiv nach Lösungen, übrigens auch im Dialog mit den Hilfsorganisationen und THW, wie wir trotzdem das gemeinsam erkannte Problem im besten Falle lösen oder zumindest so klein kriegen, wie es geht.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann haben wir jetzt die erste Runde beendet. Frau Stock, jetzt kommt Ihr großer Moment. Sie haben jetzt fünf Minuten, um aus Ihrer Sicht Ihr Eingangsstatement zu halten. Bitte schön.

Janine Stock (THW): Ich versuche jetzt einmal, auch angesichts des Fortschreitens der Zeit und der Themen, die schon gekommen sind, alles mit einer Klappe zu schlagen. Ich denke das THW an sich ist bekannt als Zivil- und Katastrophenschutz, Organisationsbehörde des Bundes mit über 88 000 Ehrenamtlichen, die das Herz und das Rückgrat sind, die nicht nur unsere Struktur bilden, sondern quasi die operative Keimzelle des Einsatzes und der Mitbestimmung im THW sind. Wir haben auch Aufwuchs, wie meine Vorredner und Vorrednerin schon gesagt haben. In den Zahlen, vor allen Dingen auch im Jugendbereich, wachsen die Zahlen an. Allerdings wissen wir auch, jetzt kommen die geburtenschwachen Jahrgänge. Das könnte ein Problem werden, da wir auch 80 Prozent unserer Nachwuchseinsatzkräfte aus der Jugend ziehen. Wir sind daher auch, wie meine Vorredner zum Wehersatzdienst gesprochen haben, natürlich dafür, diese Ersatzleistung beim THW abzubilden. Hier sprechen wir uns natürlich auch für ein mehrjähriges Modell aus, einfach weil wir uns dadurch erhoffen, dass dadurch dieses langfristige Engagement auch weiterhin im THW bleibt und wir natürlich auch nur über langfristiges Engagement Einsatzroutinen bekommen und auch die Ausbildung absichern können. Insgesamt sind wir im THW als Zahl auch in den letzten Jahren, vor allen Dingen 2024 und 2025 bedingt durch Naturkatastrophen, im Einsatz aufgewachsen. Insgesamt zwei Mio. Einsatzstunden wurden 2024 und 2025 geleistet. Das ist eine enorme Summe. Ich spreche hier für den Landesverband Sachsen-Thüringen. Ich wurde vorhin als Landesbeauftragte hier vorgestellt. Gerade dieser Landesverband ist sehr gut in die Strukturen der örtlichen Gefahrenabwehr eingebunden, und die Unterstützungsleistungen

auch für Feuerwehr und Polizei nehmen zu, wie wir das zum Beispiel letztes Jahr beim Waldbrand-szenario in der Gohrischheide hatten. Da es hier um das Thema Ehrenamt geht, und der Ausschuss sich wahrscheinlich auch oft mit Ehrenamt im Sport beschäftigt, noch zu meinem Hintergrund. Ich bin seit fast neun Jahren im THW, aber davor war ich 16 Jahre als Bildungsreferentin beim Landessportbund Sachsen tätig und habe mich dort für die Engagement-Förderung und die Ausbildung eingesetzt. Von daher kann ich ganz gut aus verschiedenen Blickwinkeln, vor allen Dingen auf dieses besondere Ehrenamt hier im Zivil- und Katastrophenschutz, schauen. Wir im THW versuchen uns immer weiterzuentwickeln. Wo vorhin auch die Frage kam zu dem Thema, wie können wir noch besser werden oder wo sind die Punkte, wo man ansetzen kann, ist es natürlich immer eine Frage, wie motivieren wir Menschen. Das Thema Helferinnen- und Helfergewinnung war Thema für dieses Ehrenamt, welches sehr an Herausforderungen, auch an persönlichen Einsatz gebunden ist, in der Freizeit seinen Arbeitgeber, seine Familie, seine Fürsorgepflichten zu verlassen und am Ende für die Sicherheit dieses Landes einzustehen. Dazu braucht es gute Rahmenbedingungen. Wir versuchen das durch moderne und neue flexible Liegen-schaften, die Heimat unserer Ehrenamtlichen. Wir versuchen das durch neue und flexible Mitwirkungsformate. Wir haben letztes Jahr einen digitalen Ortsverband gegründet, unser Virtual-Operations-Support-Team, VOST genannt, das zum Beispiel in Einsatzlagen digitale Informationen recherchiert und für die Einsatzlage aufbereitet. Und natürlich versuchen wir immer weiter die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt sicherzustellen oder herzustellen und zu verbessern und dazu auch beispielsweise den Frauenanteil zu erhöhen. Vor allen Dingen den Frauenanteil auch in Führungspositionen. Das ist uns ein ganz wichtiges Thema, und wir möchten auch weiterhin, neben der Förderung der Ehrenamtlichen, den Bundesfreiwilligendienst und die Freiwilligendienste beibehalten, denn sie unterstützen hier ganz massiv auch unsere Nachwuchseinsatzkräfte. Von daher ist das ein wichtiger weiterer Punkt, den wir als THW benötigen. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank, Frau Stock. Prima, dass das jetzt geklappt hat. Ich möchte nur sagen, damit es nicht zu Missverständnissen kommt, wir haben natürlich Präsidentinnen



und Präsidenten jeweils des Bundesverbandes angefragt. Aber natürlich sind Organisationen frei, jemanden dann jeweils zu schicken, den oder die sie jetzt besonders für geeignet halten. Aber das wollte ich nur noch klären, dass es nicht komisch aussieht, warum wir jetzt diesen Verband ausgesucht haben. Das haben wir nicht getan. Darauf hatten wir uns auch mit allen Obleuten verständigt. Wir kommen jetzt zu einer nächsten Fragerunde, eine kleinere, wo auch alle Antworten in die Zeit mit hineingerechnet werden. Deswegen gebe ich den Hinweis, dass es Sinn machen kann, gezielt Leute anzusprechen, denn wenn vier Leute antworten sollen, sind drei Minuten schnell um. Für die Union beginnt jetzt Stephan Mayer. Bitte schön.

Abg. **Stephan Mayer** (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende, meine Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte natürlich auch zunächst einmal Ihnen als Vertreter der Blaulichtorganisationen ganz herzlich danken, Ihren ehrenamtlichen, aber auch den hauptamtlichen Helferinnen und Helfern in Ihren Organisationen. Herr Schnatz hat schon darauf hingewiesen. Ich durfte den Preis „Helfende Hand“ verleihen. Das hat jetzt, ehrlich gesagt, am wenigsten weh getan. Ich habe aber auch über mehr als zehn Jahre hinweg sowohl der THW-Landeshelfervereinigung in Bayern als auch der Bundeshelfervereinigung vorstehen dürfen. Ich weiß um die Bedeutung ehrenamtlichen Engagements, insbesondere bei den Blaulichtorganisationen. Es ist schon erwähnt worden, wir sind an sich hier originär der frühere Sportausschuss, und jeder der hier sitzt ist sportbegeistert. Aber der entscheidende Unterschied ist natürlich schon, wenn ich Sport treibe in einem Sportverein, dann tue ich dies für gewöhnlich für mich selbst, für die eigene körperliche Ertüchtigung, für den Spaß am Sport. Wenn ich mich in einer Blaulichtorganisation engagiere, wie das 1,8 Mio. Mitbürgerinnen und Mitbürger tun, dann mache ich dies aus altruistischen Gründen. Dann bin ich bereit, zu jeder Tages- und Nachtzeit aufzustehen, die Familie zu verlassen, den Arbeitsplatz zu verlassen, um Menschen in Not zu Hilfe zu eilen. Und das ist etwas ganz Besonderes. Frau Vorsitzende, da glaube ich, muss man schon wirklich sehr, sehr dankbar sein für dieses herausragende Engagement. Jetzt ist in der ersten Fragerunde eines schon deutlich geworden, wir sind hier ein Querschnittsausschuss, wir sind der Ausschuss für Sport und Ehrenamt, wir sind nicht der Innen-

ausschuss. Und es ist jetzt schon bei dem Thema Helfergleichstellung deutlich geworden, dass erstens wir als Bund nicht ganz so zuständig sind. Und zum anderen ist das Bundesinnenministerium, wenn dann zuständig. Und das haben Sie auch den Antworten von Herrn Dr. Plate entnommen. Da ist alles in bester Hand und vor allem in besten Händen. Was ich spannend finde, und jetzt die Frage, natürlich in der Kürze der Zeit würde ich den Herrn Banse und den Herrn Schnatz herausgreifen. Was würden Sie denn vorschlagen? Die Bundesregierung plant im Koalitionsvertrag einen Zukunftspakt Ehrenamt. Was müsste denn aus Ihrer Sicht da hinein, in Sachen Gemeinnützigkeitsrecht verändern, Zuwendungsrecht, Haftungsrecht, Abgabenordnung, Datenschutzrecht. Wenn Sie das jetzt in diesen verbleibenden 45 Sekunden nicht beantworten können, dann möchte ich Ihnen die Bitte anheimstellen, dass Sie es uns im Nachgang zu dieser Sitzung zukommen lassen, weil auch selbst fünf Minuten Antwortzeit nicht ausreichend sind, um diesen Themenkomplex nur annähernd ausreichend abzudecken. Aber mir ist das wirklich ein sehr ernsthaftes Thema. Ich glaube, das ist eine einmalige Chance, die die Bundesregierung jetzt hat. Mit der Staatsministerin, die wir mit diesem Ausschuss haben, dass wir über die verschiedenen Branchen hinaus uns den Dingen annehmen, die das Ehrenamt in Deutschland momentan noch hemmen.

Die **Vorsitzende**: Da nehme ich mir jetzt die Freiheit und sage, wir haben schon einen Zukunftspakt Ehrenamt auf den Weg gebracht und es soll an einem zweiten jetzt gearbeitet werden. Da hat Herr Mayer völlig recht, dass wir sehr interessiert sind an Ihrer Einschätzung. Ich glaube, in zehn Sekunden, das wird nichts. Ich würde noch einmal 15 Sekunden bei der dritten Runde bei Ihnen draufschlagen. So machen wir das. Dann geht es jetzt weiter an die AfD-Fraktion. Herr Schieske noch einmal.

Abg. **Lars Schieske** (AfD): Danke. Ganz kurze Einleitung. Herr Banse, Sie wissen sicherlich um die Deutschen Meisterschaften in Torgau. Da gab es einige Zeitungsberichte. Meine spezielle Frage, Sie sagten, jeder ist gewählt, bei der Feuerwehr in verschiedenen Funktionen. Auf welcher satzungrechtlichen Grundlage wurde der Fachkoordinator Sport seiner Ämter enthoben. Gab es eine Anhörung, eine schriftliche Begründung, oder einen



formalen Beschluss eines zuständigen Gremiums, die ihn auch gewählt haben.

Karl-Heinz Banse (DFV): Er ist seines Amtes enthoben worden, ich war selber nicht zugegen, als das passiert ist. Damit Sie wissen, wovon wir reden. Bei der Deutschen Meisterschaft hat er die erste Strophe der Nationalhymne bewusst spielen lassen. Wir hatten auch ausländische Sportler dabei. Wir hatten auch Sportgruppen dabei, die gar nicht wussten, was sie in dem Moment machen sollten. Es ist dann sofort die Entscheidung getroffen worden, dass er noch an Ort und Stelle seines Amtes entbunden wurde. Obwohl wir mittlerweile wissen, diese erste Strophe ist nicht verboten in Deutschland. Aber ich glaube, die Wirkung bei einer internationalen Veranstaltung, bei einer deutschen Meisterschaft, wenn man dann die erste Strophe des Deutschlandliedes spielt, müsste eigentlich jedem klar sein. Der Ausschluss wurde daraufhin besprochen mit seinem Landesverband, er gehört dem Landesverband Sachsen-Anhalt an, wenn mich nicht alles täuscht, oder Brandenburg, ich weiß es jetzt gar nicht genau. Der Landesverband hat den Ausschluss bestätigt. Er ist dort auch nicht mehr in Funktionen, in keiner Funktion mehr. Und der Deutsche Feuerwehrverband hat mit seinem Gremium, es gibt einen Sportausschuss, über diese Punkte beraten. Auch dort wurde einstimmig beschlossen, dass er seiner Aufgaben enthoben wird. Während dieser ganzen Überprüfung hat sich noch herausgestellt, dass er gar nicht Mitglied einer Feuerwehr war, zum Zeitpunkt, als das passiert ist. Er ist dann nachträglich in eine Feuerwehr eingetreten, die ihn dann aufgenommen hat. Allein das führt schon dazu, dass er gar keine Ämter im Deutschen Feuerwehrverband ausüben darf. Vielmehr kann ich dazu nicht sagen. Ansonsten gibt es eine Satzung, da kann man hineinschauen. Es gibt Satzungen und Richtlinien unserer Verbände.

Abg. **Lars Schieske** (AfD): Danke für den Tipp mit den Satzungen und Richtlinien. Es waren Funktionsträger auf der Bühne, die abgewartet haben, bis die erste Strophe zu Ende war, unter anderem der Landesfeuerwehrpräsident in Brandenburg, weil da war der Kamerad zugegen. Warum haben Verantwortungsträger nicht sofort eingegriffen? Haben Sie darüber einmal in Ihrem Verband gesprochen?

Karl-Heinz Banse (DFV): Ja, natürlich habe ich nachgefragt. Ich wurde auch sofort angerufen, als das passiert ist. Ich war im Ausland in dienstlicher Funktion. Die waren im ersten Moment alle verduzt. Die haben sich alle angeguckt und wussten gar nicht, was geschieht. Die konnten in dem Moment gar nicht wechseln, was da gerade abläuft, dass die Deutschlandhymne, die erste Strophe gesungen wird und man hat dann daraufhin sofort reagiert. Man hätte natürlich sofort den Stecker ziehen müssen, aber ich glaube, in so einer Situation, dann wäre ich wahrscheinlich auch im ersten Moment sprachlos gewesen. Das ist in meinen Augen so daneben, dass ich da gar keine Worte dafür habe, wenn man so etwas tut bei so einer Veranstaltung.

Die **Vorsitzende**: Herr Banse, Sie sehen breite Zustimmung. Vielen Dank. Dann geht das Fragerecht an die SPD-Fraktion, Bettina Lugk, bitte.

Abg. **Bettina Lugk** (SPD): Machen wir aus dem Untersuchungsausschuss jetzt wieder den Ausschuss für Sport und Ehrenamt. Ich bedanke mich erst einmal beim Feuerwehrverband, dass sie versucht haben einzuspringen, als klar war, dass die Meisterschaften weder in Russland noch in Belarus stattfinden können. Dafür vielen Dank. Das war sicher sehr viel Arbeit, sehr viel Koordination, dass das hintenraus nicht geklappt hat, was vermutlich unter Umständen auch mit dem fehlenden Bundeshaushalt zusammenhängen könnte, ist leider traurige Realität, die wir anerkennen müssen, ändert aber nichts an dem Dank. Ich würde gerne eine Frage an das THW richten. Auch da zuerst einmal vielen Dank an alle, die sich engagieren innerhalb des THW und die auch immer einen guten Draht zu ihren Abgeordneten haben, indem sie sie zu den Jahresdienstversammlungen einladen. Warum erzähle ich das? Ich kriege da immer eine Hausaufgabenliste mit. Unter anderem höre ich seit Jahren immer wieder den Hinweis, dass wir bei Beschaffungen gerade innerhalb der Organisation Probleme haben, weil bereits für kleinere Summen unverhältnismäßig viel Aufwand für Angebotseinholungen und Ausschreibungen getätigt werden muss. Vielleicht können Sie da einmal sagen, wo Sie vielleicht ein Handlungsfeld sehen würden. Das wäre die erste Frage. Die zweite Frage, eigentlich würde ich die gern an alle richten, aber mit Blick auf die Zeit sehr schwierig, mich beschäftigt die Frage im Sinne der Gesamtverteidigung, wie viele Doppel-



verwendungen wir haben. Ich weiß, dass bei mir in der Region mehrere Feuerwehrleute beim ASB unterwegs sind. Einige, die beim DRK sind, sind beim THW, so dass für mich insgesamt die Frage ist, wie sind wir da aufgestellt? Vielleicht können wir das auch im Nachgang beantworten, weil ich glaube, das passt heute mündlich nicht. Insofern würde ich jetzt mich auf die Antwort des THW freuen.

Die **Vorsitzende**: Bitte schön, Frau Stock.

Janine Stock (THW): Die Frage ging in Richtung Beschaffung, Auftragsgrenzen etc. wurden schon angehoben und werden auch in Zukunft noch erweitert. Von daher ist diese Frage fast gar nicht mehr relevant. Die meisten Beschaffungen laufen auch in den Regionalstellen und wir haben auch mit Einbeziehung des Beauftragten für den Haushalt jetzt auch auf 50 000 Euro hochgeschraubt. Wir haben jetzt auch Vergabeerleichterungen durch die Organisation bekommen, aber wir haben natürlich auch da noch Nachholbedarf, aber da sind auch noch politische Regelungen zu treffen, ohne dass ich jetzt der Haushälter bin, oder die Haushälterin. Das ist einfach nicht mein Thema. Im Landesverband haben wir das so gut wie möglich geregelt, und wir unterstützen das Ehrenamt vor allem diesbezüglich in den Beschaffungen, dass da fast gar nichts mehr in den Ortsverbänden anfällt, und von daher würde ich das so beantworten. Die zweite Frage war noch mal in Richtung?

Die **Vorsitzende**: Ich glaube, die schaffen wir jetzt nicht mehr, denn wir haben noch eine dritte Runde, da können wir noch einiges nachfragen. Wir gehen jetzt noch einmal zu Bündnis 90/Die Grünen. Ophelia Nick, bitte.

Abg. **Dr. Ophelia Nick** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. Und es haben sich schon einige bedankt, dass wir hier die Blaulichtorganisationen haben und das Ehrenamt. Dem will ich mich aber trotzdem anschließen. Ich weiß immer nicht, ob es wirklich allen so klar ist, was hier geleistet wird. Ich weiß, als junge Kommunalpolitikerin ist mir das dann erst einmal klar geworden, dass unser Land auch funktioniert, weil es eben Ehrenamt in diesem Land gibt. Und viele, die sich vielleicht über unser Land ärgern, können, auch wenn sie nicht in die Politik gehen wollen, immer noch ins Ehrenamt gehen und können da viele sinnvolle Sachen machen. Und man lernt auch fürs Leben.

Also das finde ich, haben Sie auch noch einmal sehr gut dargestellt. Es ist ein Querschnittsthema. Deswegen meine Frage auch an die Bundesregierung. Wenn man auf die Jugendorganisationen der Blaulichtorganisationen schaut, welches Ressort hat da die Federführung? Wenn man Innenministerium, Familienministerium, Kanzleramt ansieht, da die Frage, in welchem Format erfolgt die ressortübergreifende Abstimmung und an wen soll sich der Ausschuss für regelmäßige Unterrichtung federführend wenden?

Dr. Tobias Plate (BMI): Vielen Dank für die Möglichkeit, das einmal klarzustellen. Im Prinzip für das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz, also im Kern bei den Blaulichtorganisationen, ist die Federführung im BMI, so dass sie sich gern mit Fragen, Bitten und Ähnlichem an das BMI wenden können. Gleichwohl sind wir total eng abgestimmt, die Kollegen die querschnittlich ehrenamtliche Dinge tun und die Kollegen, die bei uns, wie ich selbst im Bereich Bevölkerungsschutz, speziell Ehrenamt machen. Wenn Sie zum Beispiel schauen auf so ein Projekt wie Zukunftspakt Ehrenamt, dann kommt der Entwurf von den Kolleginnen und Kollegen, aber die kommen auf uns zu und sagen, was habt ihr blaulichtspezifisches, was da auch rein muss. So muss man sich das ungefähr vorstellen. Falls das noch nicht präzise genug ist, sagen Sie es gern.

Abg. **Dr. Ophelia Nick** (Bündnis 90/Die Grünen): Nein. Wunderbar, vielen Dank und auch zügig. Dann habe ich sogar noch eine Minute. Herr Schnatz, würde ich an Sie auch noch einmal das Thema Helfergleichstellung meiner Vorrednerin aufgreifen, dass Sie da noch einmal etwas dazu sagen.

Michael Schnatz (ASB): Genau das ist uns ein Herzensanliegen. Wir beziehen das immer auf das Zivildienstthema, wo der Bund eine Handlungskompetenz hat. Aber wenn man es ganz klar herunterbricht, ist es schon so, dass wir eine Zweiklassengesellschaft im ehrenamtlichen Bevölkerungsschutz haben. Einmal die öffentlich-rechtlich geregelten Organisationen und eben die Hilfsorganisationen, die viele von den Dingen nicht haben. Das fängt an bei den Freistellungsregelungen. Ehrenamtliche, beim ASB, beim DRK und die anderen können freigestellt werden, THW und Feuerwehr müssen freigestellt werden. Das ganze Thema Versicherungsschutz ist für uns eine Riesenherausforderung. Herr Mayer, da kommen wir gerne



auf Sie zu, weil wir das selbst organisieren müssen in weiten Teilen. Auch die Freistellung für Übungen und Ausbildung, das machen die Leute an Wochenenden und in ihrem Urlaub. Das sind Herausforderungen, die Menschen das Engagement auch sehr schwer machen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Das war doch auf den Punkt. Dann hat schon Frau Eißing das Wort für die Linke.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Gern an die Feuerwehr. Sie hatten vorhin schon gesagt, die Kirchen sind gegangen, die Wehren sind noch da. Das ist bei mir auch so in Ostthüringen, ländlich geprägte Landkreis an der A4, an der A9, und bei uns sind ganz viele in der Freiwilligen Feuerwehr. Es gibt, deshalb die Autobahnen benannt, viele Unfälle, und nicht nur Ölspur beseitigen, sondern richtige Bergungsarbeiten. Es gibt bei uns nur ganz kleine Betriebe, ein Meister und drei Gesellen, und die drei Gesellen sind bei der Freiwilligen Feuerwehr. Nur haben die mir geschildert, dass es auch Repressionen seitens des Arbeitgebers gibt. Sie rücken aus, ich kann den Arbeitgeber auch ein bisschen verstehen, der Auftrag muss fertig werden, auch wenn die auf dem Dach sind, und die Feuerwehr ruft. Gibt es dahingehend aus Ihrem Verband, aus Ihrer Sicht irgendetwas, eine Kampagne, dass man die Arbeitgeber dafür sensibilisiert, wie Sie gesagt haben, Sie machen Nachwuchssorge. Das wäre sehr schade, weil im Endeffekt gehen die dann weg, denn Job geht vor Ehrenamt. Leider.

Karl-Heinz Banse (DFV): Das ist jetzt Theorie und Praxis. Sie haben es auf den Punkt gebracht. Wir arbeiten sehr eng zusammen mit der Handelskammer. Wir arbeiten sehr eng zusammen mit den Handwerkskammern, sprechen mit den Arbeitgeberverbänden, um eben die Akzeptanz aufzubauen, dass man Feuerwehrleute zu den Einsätzen gehen lässt. Andererseits ist es aber auch so: Jedes Feuerwehrmitglied muss im Gefühl haben, ob es jetzt unbedingt in den Einsatz gehen muss oder ob es nicht doch lieber im Betrieb bleibt. Es gibt Situationen, da stellen Sie sich vor, Sie arbeiten in einem großen Werk, an einem Band, und wenn Sie weggehen, dann bleibt dieses Band stehen und 30 Leute, die dahinter arbeiten, können auch nicht mehr arbeiten. Dann wird derjenige nur dann weggehen, wenn die Gefahr wirklich so groß ist, dass es wirklich ganz, ganz wichtig ist. Und dann wird er es tun. Das ist immer so ein Spiel, was jeder im

Ermessen für sich selbst entscheiden muss. Aber wir verleihen Plaketten „Partner der Feuerwehr“ an Arbeitgeber, die besonders feuerwehreffreundlich sind und versuchen, eben diese Akzeptanz herzustellen, damit die Leute wegkommen. Wir haben ein Problem. Wir hatten früher in den Betrieben sogenannte Springerstellen. Jeder größere Betrieb hatte noch Springerstellen. Diese Springerstellen gibt es nicht mehr. Es gibt nur noch den, der da ist, der muss das machen, wofür er gerade da ist. Es ist niemand anderes da, der das für ihn machen kann. Und das macht uns das Leben ein Stück weit schwerer. Bei den kleinen Handwerksbetrieben ist es natürlich ein besonderes Problem. Aber Gott sei Dank ist es so, dass gerade diese Handwerksmeister genau wissen, wie wichtig es ist, dass die Feuerwehr ausrückt, weil sie selber könnten auch in die Situation kommen, und die denken da doch ein Stück weit anders darüber als vielleicht der Vorstandsvorsitzende eines großen Konzerns. Und er lässt seine Leute dann doch ziehen.

Die **Vorsitzende**: Wunderbar, vielen Dank. Dann kommen wir auch schon zur dritten und letzten Fragerunde, und wir bleiben genau bei dem gleichen Format. Drei Minuten. Alle Fragen und Antworten werden einbezogen. Artur Auernhammer für die Unionsfraktion, bitte schön.

Abg. **Artur Auernhammer** (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Erst einmal möchte ich den Kollegen noch die Gelegenheit geben, auf die Frage von Herrn Mayer zu antworten. Es ist auch wichtig, dass wir hier Ihre Meinung hören. Aber ich möchte noch einen weiteren Punkt hinzufügen. Wenn wir mit dem RTW oder mit dem TLF losfahren, dann sitzen da Ehrenamtliche drin, die wollen helfen. Dann kommen sie zum Einsatz und dann gibt es Mitmenschen, die nichts Gutes wollen, die einfach nur zum Schauen kommen, Gaffer sagt man auch, die vielleicht Videos machen und auch übergriffig werden. Wie gehen Sie mit diesem Thema um in Ihren drei Organisationen?

Karl-Heinz Banse (DFV): Danke. Es ist bei den Feuerwehren natürlich ein sehr großes Thema, gerade Gewalt gegen Einsatzkräfte. Wir sitzen hier in Berlin. Berlin hat Dinge erleben müssen in der Silvesternacht vor einigen Jahren, die im Fernsehen nachvollziehbar waren, als der Feuerlöscher in die Windschutzscheibe des RTW geschmissen wurde. Das sind Dinge, das ist unvorstellbar. Aber auch das Problem Gaffer ist für uns ein ganz großes



Problem. Heutzutage auf den Autobahnen, wir haben schon wenig Einsatzkräfte. Wir müssen ausrücken, müssen sehen, dass wir die Arbeit erledigen. Wir müssen jetzt schon Einsatzkräfte abstellen, die verhindern, dass Gaffer die Verletzten fotografieren. Das ist eigentlich unvorstellbar. Man hat sowieso nicht genug Leute und muss dann dafür sorgen, dass jetzt nicht auch noch irgendwelche Bilder gemacht werden von den Toten und Verletzten, die da vielleicht liegen. Das ist ganz, ganz schlimm. Wir stehen im engsten Kontakt mit dem Innenministerium. Wir stehen im engsten Kontakt, auch mit vielen Parlamentariern, dass die Gesetzeslage geändert werden sollte, das ist auch geschehen. Die Strafen sind erhöht worden. Eigentlich darf man das nicht sagen, was ich jetzt sage. Für uns wäre es wichtig, wenn die Justiz auch einmal entsprechend durchgreifen würde und wenn Leute auch einmal entsprechend verurteilt werden würden und das Ganze dann auch Publik gemacht wird, damit jeder sieht, wenn du so etwas tust, dann wirst du bestraft und die Strafen sind drakonisch. Wenn das einmal passieren würde, würde es schon eine Menge bringen.

Michael Schnatz (ASB): Vielleicht noch ganz kurz dazu, wir fordern keine Verschärfung des Rechtsrahmens. Der ist nach unserem Dafürhalten ausreichend. Das Problem ist, im Einsatz haben die Leute gar keine Möglichkeit, Anzeige zu erstatten. Dann ist der Einsatz vorbei und die Straftäter, die es dann sind, die sind dann schon weg und über alle Berge. Wir fahren eher die Strategie mit Kampagnen, um die Zivilcourage der Leute drumherum zu erhöhen. Diese typische Bussituation, jemand wird angegriffen, wenn man Leute anspricht, das könnt ihr nicht zulassen, da müssen wir ran, dass auch der normale Bürger, Sie, wir und ich, alle in solchen Situationen eingreifen. Bei Gaffern ist es tatsächlich ein Problem, dann auch noch dafür zu sorgen, dass die verletzte Person, die dringend Hilfe braucht, irgendwie nicht fotografiert wird, sich darum zu kümmern. Aber die Verschärfung des Rechtsrahmens sehen wir nicht als Mittel der ersten Wahl.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann kommen wir wieder zur AfD-Fraktion, Herr Schieske.

Abg. **Lars Schieske** (AfD): Danke. Frau Dr. Spieker, in Ihrer schriftlichen Stellungnahme sprechen Sie davon oder schreiben Sie, dass es Investitionen in Infrastruktur und Ausbildung geben muss. Können Sie uns sagen, wie hoch ungefähr der Investitions-

stau im Bereich Ausbildung oder zumindest auch bei der Ausstattung oder Infrastruktur ist?

Dr. Heike Spieker (DRK): Vielen Dank für die Frage. Das Problem ist, wir müssen investieren in das Ehrenamt selbst und in die Unterstützung durch das Hauptamt. Und das ist auch im Kopf schwierig, das immer gleichzeitig zu denken. Ich scheue mich ein bisschen, konkrete Zahlen zu sagen, weil dann kann man sofort sagen, das ist zu viel oder zu wenig. Ich glaube, wir müssen viel mehr schauen, was brauchen wir und wie können wir das geschickt und für alle tragbar gewährleisten. Mir ist dabei ein großes Anliegen zu schauen, welche unterschiedlichen Bedarfe es gibt sowohl im Hauptamt als auch im Ehrenamt oder sowohl im Ehrenamt als auch im Hauptamt. Denn ich glaube eines, und das ist vielleicht bisher heute Nachmittag noch nicht sehr deutlich zur Sprache gekommen, deshalb will ich es einfach noch einmal sagen, Ehrenamt allein ist ganz toll wertvoll. Das funktioniert aber nicht dauerhaft von allein. Wir brauchen darunter und darum herum Kontinuität und Verlässlichkeit. Und das kostet etwas. Und das ist, das darf ich vielleicht für uns alle sagen, nicht preiswert, aber es ist erforderlich. Danke.

Abg. **Lars Schieske** (AfD): Sie haben hier auch beschrieben, dass es eine steigende Komplexität und Dauer der Krisen gibt. Das ist vielleicht eine Frage an alle. Wo sehen Sie die Belastungsgrenze und wo sehen Sie, da ging auch die Frage von Frau Lugk hin, vielleicht eine Doppelung der Helfer. Ich war selbst bei der Berufsfeuerwehr, war bei der Freiwilligen Feuerwehr und im Katastrophenschutz tätig. Ich wurde dreimal geführt in der kommunalen Statistik. Wo sehen Sie dort eventuell die Schwächen des Systems, oder wie kann man das beheben, dass diese Schwäche nicht auftritt, diese Doppelung oder vielleicht sogar Dreifachzählungen von bestimmten Helfern?

Die **Vorsitzende**: Es kann jetzt nur eine Person, bitte schön.

Dr. Heike Spieker (DRK): Ich mache es ganz schnell. Ich glaube, wir dürfen nicht wie die Bundeswehr militärisch überlegen. Wenn ich weiß, wie viele Personen ich habe, weiß ich auch, dass ich die zur Verfügung habe. Das wird nicht so sein. Nicht nach dem geltenden Recht. Wenn zu Hause der Hund krank ist, dann kommt eine Person, nach geltendem Recht muss sie nicht kommen. Das heißt



nicht, dass ich einer vollkommen verpflichtenden Rechtsordnung das Wort rede, sondern ich glaube, wir müssen mehr in Kontingenten und an eine größere Zusammenarbeit, an eine größere Modularität denken. Dann bekommen wir auch die Einsätze gut hin. Ich will das für das DRK ganz kurz sagen, wir sagen das ein bisschen salopp und das ist wahrscheinlich gar nicht geschickt, das so in der Öffentlichkeit oder Halböffentlichkeit zu sagen, aber wir haben eigentlich bisher noch für jeden Einsatz die Menschen bekommen, die wir brauchten. Und ich glaube, daran müssen wir viel mehr arbeiten, dass die Leute weiterhin Spaß haben und Sinn sehen in dem, was sie tun. Dann kriegen wir auch die Helfenden, und dann kommen die auch. Ich glaube, alles andere ist eine Scheinsicherheit, die für die Bundeswehr völlig in Ordnung ist und auch funktioniert, die aber nicht im ehrenamtlich getragenen Bevölkerungsschutz funktionieren wird.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann kommen wir noch einmal zur SPD-Fraktion. Da darf ich noch einmal die Fragen stellen. Bettina Lugk hat vorhin gesagt, wir werden immer eingeladen, aber nicht nur beim THW. Wir werden überall eingeladen. Und tatsächlich muss ich sagen, hat mich am meisten begeistert, aber bitte nicht als Abstufung verstehen, wenn zum Beispiel die Jugendlichen bei der Feuerwehr ihre Wahlen durchführen, das ist ein hoch demokratischer Bildungsakt, wenn man das so sagen möchte. Vor allen Dingen nehmen die ihre Ergebnisse auch noch einmal anders hin als Politikerinnen und Politiker, wenn wir ehrlich sind. Da wird sofort gratuliert und begeistert sich umarmt. Das fand ich einfach großartig. Aber es gibt auch die andere Seite. Es gibt auch Menschen, die versuchen, in solche Strukturen hineinzukommen. Ich komme jetzt darauf wegen der Frage vorhin, die möglicherweise eher gegen die Demokratie arbeiten oder extremistische Bestrebungen haben. Inwiefern halten Sie sich für resilient oder wie gehen Sie damit um? Wir haben vorhin von der Feuerwehr ein Beispiel gehört. Vielleicht Sie beide noch einmal, Herr Schnatz und Frau Dr. Spieker, und vielleicht auch Frau Stock. Wenn Sie da kurz etwas dazu sagen mögen.

Dr. Heike Spieker (DRK): Ich fange vielleicht kurz an, weil es an dieser Stelle das DRK relativ einfach hat. Alles, was das DRK tut und jede Person, die im DRK hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig ist, hat

sich immer, unter allen Umständen, in allem Verhalten an die Rotkreuz-Grundsätze zu halten. Und jedes Fehlverhalten wird in irgendeiner Form sanktioniert. Nicht zwingend sofort disziplinarisch, aber das ist unverhandelbar und das ist eine Grundlage, die jeder und jede, die mittut, auch eingeht und das weiß. Danke.

Die **Vorsitzende**: Frau Stock, bitte.

Janine Stock (THW): Ganz genau, ähnlich beim THW. Wir haben unsere Leitsätze. Wer dagegen verstößt, ist kein Teil der THW-Familie mehr. Wir arbeiten derzeit an einer Rundverfügung Verfassungstreue, und wir haben nächste Woche Auswahlverfahren für eine Sachbearbeiterstelle Extremismusprävention. Die wird hier bei mir im LV angesiedelt werden, macht aber Projekte und Ausbildungsmodule für alle im THW. Natürlich ist einer wenig. Hier wäre Potenzial, auch politisch noch nachzusteuern. Das sind so unsere Dinge, die ich dazu sagen kann. Wir haben lange mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage in den Bundesländern zusammengearbeitet und auch hier „Jugenddienste mal anders“ zur Demokratieentwicklung ausgeübt und informiert in Zeiten von Corona, zu Fake News und so weiter, um die Demokratie auch zu stärken.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank! Damit geht das Fragerecht an die Grünen, Tina Winklmann.

Abg. **Tina Winklmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Frau Vorsitzende. Ich hätte noch eine Frage und es ist eine sehr wichtige Frage in unseren Augen. Das Ehrenamt sucht Menschen, das Ehrenamt braucht Menschen, die sich engagieren. Wir brauchen da Frauen und Mädchen, gerade Frauen und Mädchen heranzuführen an die Feuerwehr und an das THW. Ich möchte an Frau Stock und an Herrn Banse die Frage richten: Was macht das THW, was macht die Feuerwehr, um gezielt Frauen mitzunehmen in den Blaulichtorganisationen, Frauen zu stärken, Mädchen zu stärken und aufzubauen? Beim DRK und beim ASB wissen wir es, es sind sehr viele Frauen im Einsatz, auch Johanniter, Malteser. Aber wie sieht es jetzt aus bei THW und Feuerwehr? Frauen 'ran ans schwere Gerät!

Janine Stock (THW): Ganz schnell. Beim THW-Frauenanteil ist das Ziel 30 Prozent. Aktuell sind wir so um die 20 Prozent. Es bewegt sich wenig. Wir haben deshalb ganz neu eine Funktion im THW eingeführt, die sogenannte Landeshelferin-



nenbeauftragte mit Stellvertretung, die gibt es dann acht Mal, und dann auch eine Bundeshelferinnenbeauftragte, die eben gerade auch für die Steigerung des Frauenanteils mitgehört werden soll. Sie kommt aus dem Ehrenamt. Sie soll nur die Interessen der Frauen vertreten. Wir unterstützen das auch im Landesverband und in anderen Landesverbänden durch spezielle Helferinnentage, spezielle Ausbildung für Frauen, und haben auch verschiedene Ausbildungsformate nur für Frauen.

Karl-Heinz Banse (DFV): Bei den Feuerwehren ist der Frauenanteil im aktiven Bereich, im Einsatzbereich zu niedrig. Da liegen wir bei 13, 14 Prozent bundesweit, allerdings mit steigender Tendenz. In den Kinder- und Jugendfeuerwehren haben wir über 40 Prozent Mädchen. Wir erhoffen uns und wir sind uns auch sicher, dass das durch den natürlichen Aufwuchs die Anzahl der weiblichen Einsatzkräfte steigen wird. Ich sehe aber das Problem nicht nur darin, Frauen zu den Feuerwehren zu holen. Wir haben auch ein Problem, Frauen in verantwortungsvolle Positionen zu bekommen, dass nicht nur Männer die Feuerwehren führen, sondern auch Frauen. Es gibt schon die ersten Frauen, die Berufsfeuerwehren leiten, aber ich glaube, es gibt noch keine Kreisbrandrätin oder Kreisbrandmeisterin. Das sind Dinge, die wir erreichen müssen. Da legen wir jetzt demnächst ein Projekt auf, zusammen mit der Stiftung für Engagement und Ehrenamt, wenn alles klappt, wo wir genau dafür sorgen wollen, dass auch Frauen in verantwortungsvolle Positionen, in Führungspositionen bei den Feuerwehren kommen. Das ist schon sehr wichtig. Aber ich muss das auch noch einmal sagen, bei uns wird jede Funktion gewählt. Mir wurde einmal gesagt, du hast sieben Vizepräsidenten, es ist zweimal eine Frau angetreten, zweimal ist sie nicht gewählt worden. Aber ich kann den Delegierten, die im Saal sitzen, nicht vorschreiben, wen sie wählen. Und wenn sie dann nicht die Frau wählen, sondern einen Mann, dann ist das so passiert. Das ist auch Demokratie. Wir haben keine Quotenregelung bei der Feuerwehr.

Abg. **Tina Winklmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir brauchen mehr Kandidatinnen.

Karl-Heinz Banse (DFV): Genau.

Die **Vorsitzende**: Wir schicken mal Tina Winklmann rum. Und dann hat Frau Eißing noch die letzte Fragemöglichkeit.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Vielen Dank. Bei mir geht es um das allseits beliebte Thema Entbürokratisierung und Abbau. Da spreche ich jetzt die Feuerwehr an, ich habe eine Nachricht von meinem Feuerwehrwart. Ich mache ein kleines Beispiel. Statistikmeldung der Jugendfeuerwehr. Die muss sich online in ein Portal eintragen. Die gleichen Daten muss der Gemeindebrandmeister ebenfalls erfragen und in ein zweites Portal eingeben. Das ist doppelter Aufwand und bringt absolut nichts. Förderungen sind teilweise mit zehnteiligem Antrag versehen. Hier sind viele Ehrenamtler überfordert und beantragen dann lieber nichts. Wie können wir das Problem lösen?

Karl-Heinz Banse (DFV): Das ist ein Problem, das uns schon, ich hätte fast gesagt 100 Jahre, aber mindestens seit 50 Jahren verfolgt. Solange wie ich in der Feuerwehr bin, redet man von Entbürokratisierung und dass man kein Geld hat. Das höre ich auch seit 50 Jahren. Es ist sehr schwierig. Es ist genau das Gegenteil eingetreten. Wir haben immer mehr Bürokratie, immer mehr Verwaltungsaufwand. Es gibt viele junge Feuerwehrführer, junge Menschen lassen sich zu Wehrleitern wählen und haben nach vier Jahren keine Lust mehr und sagen, ich höre auf. Wenn ich dann frage, warum hörst du jetzt schon auf? Du bist so teuer ausgebildet worden, was ist los? Ja, sagt er, ich bin Wehrleiter geworden, weil ich die Feuerwehr führen wollte im Einsatz, aber nicht am Schreibtisch sitzen und für die Verwaltung irgendwelche Dokumente ausfüllen und irgendwelche Statistiken machen. Da brauchen wir Unterstützung. Wir sind der Meinung, es gab so etwas einmal beim THW, sogenannte Verwaltungshelfer, dass man so etwas in den Kommunen wieder einrichtet, dass die Ordnungsämter Menschen beschäftigen, die diesen Verwaltungsaufwand von den Freiwilligen Feuerwehren wegnehmen, weil es wird immer mehr und immer mehr.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Aber nun haben die Kommunen auch kein Geld, haben wir noch eine andere Lösung?

Karl-Heinz Banse (DFV): Wissen Sie, wenn ich natürlich diese Berichtspflichten habe, wenn jemand verunfallt, dann muss geprüft werden, warum ist der verunfallt, was ist da passiert? Hat da irgendeiner eine falsche Entscheidung getroffen? Ist da irgendein falsches Gerät benutzt worden, und, und, und. Das muss man natürlich alles dokumentieren. Das geht so weit, dass Feuerwehrange-



hörige, wenn sie schwer verunfallen, noch eine Rente bekommen, ihr ganzes Leben lang. Und wenn da Fehler in der Dokumentation sind, wäre das schlimm. Es hat schon seine Hintergründe. Aber wie gesagt, es wird nicht weniger, es wird immer mehr.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Aber wer sagt denn, dass es immer mehr wird?

Karl-Heinz Banse (DFV): Wir spüren das.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Ja, aber dann muss es doch von der Bundesregierung... woher kommt es denn? Oder ist es das Land wieder?

Karl-Heinz Banse (DFV): Wissen Sie, eben ist angesprochen worden, die Doppelmitgliedschaft. Wenn wir jetzt auch noch anfangen aufzuschreiben, wer spielt wo mit, wer ist in der Feuerwehr und gleichzeitig beim THW, vielleicht noch Reservist und geht auch noch gerne zum Roten Kreuz und hilft da mit. Solche Leute gibt es in den Feuerwehren. Wenn ich das auch noch alles erfassen muss, ist es noch mehr Aufwand. Es gibt immer wieder irgendwas Neues, was man wissen will. Man will wissen, wie viel Wasser braucht die Feuerwehr, einen Brand zu löschen.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Aber wer will denn das wissen? Ich brauche jetzt einmal einen Namen.

Karl-Heinz Banse (DFV): Teilweise ist es aus den Ländern heraus, oder auch der Bund, der fragt weniger ab bei den Feuerwehren, die Innenministerien der Länder oder auch Gesetze, die das abfordern, das sind die Versicherungsträger. Es sind andere Organisationen, die diese Zahlen haben wollen. Es wird immer mehr. Aber es trifft nicht nur den Ehrenamtsbereich, es trifft ganz Deutschland in allen Bereichen.

Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank. Wobei man sagen kann, dass das Wort Bürokratie erst am Ende vorkommt, war jetzt tatsächlich auch spannend, weil das das ist, worüber wir am meisten eigentlich miteinander sprechen und auch nicht ganz zu Unrecht. Ich darf mich an dieser Stelle bei Ihnen allen ganz herzlich bedanken, dass Sie hierhergekommen sind, Frau Stock, dass das noch geklappt hat mit der Zuschalte. Wir sind sehr froh, dass wir diesen Austausch führen konnten. Sie haben auch die überwiegende Begeisterung, Anerkennung und Wertschätzung gespürt. Wir geben Ihnen ganz viele

Grüße mit an alle Ehrenamtlichen, an alle Kameradinnen und Kameraden. Das richte ich jetzt einmal an alle hier im Raum, nicht nur an die hier unten, die jetzt Rede und Antwort standen. Wir werden uns diesen Themen auch weiter widmen. Wir machen das jetzt immer wieder abwechselnd, Sport und Ehrenamt, versuchen wirklich, diesen Themen sehr gerecht zu werden. Aber wir vertrauen auch darauf, dass Sie sich auch weiterhin zwischendurch immer wieder an uns wenden, uns schreiben, uns einladen, dass wir im direkten Austausch bleiben. Ganz herzlichen Dank Ihnen. Wir sind damit auch schon damit am Ende unserer Sitzung. Aber ich muss natürlich noch den TOP 2 Verschiedenes aufrufen.

Tagesordnungspunkt 2

Verschiedenes

Die **Vorsitzende**: Gibt es da noch irgendwelche Meldungen? Das sehe ich nicht. Dann kann ich sagen, dass die nächste öffentliche Sitzung am Mittwoch, dem 4. März 2026, wieder 14:30 Uhr, stattfindet. Da planen wir Gespräche zu Vorberichten der Weltmeisterschaft der Rhythmischen Sportgymnastik 2026 und zur Karate- und Parakarate-Europameisterschaft 2026, die beide in Frankfurt am Main ausgetragen werden. Und wir wollen uns noch in einem weiteren Tagesordnungspunkt über die Chancen und Herausforderungen von Trendsportarten in Deutschland unterhalten. Damit darf ich jetzt die 17. Sitzung schließen. Ich wünsche uns allen noch einen arbeitsamen Abend, aber Ihnen natürlich einen guten Nachhauseweg. Danke schön.

Schluss der Sitzung: 16:10 Uhr

Aydan Özoğuz, MdB
Vorsitzende